

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46.  
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 120.

Mittwoch, den 24. Mai 1911.

18. Jahrg.

## Hierzu eine Beilage und das „Wöchentliche Unterhaltungsblatt“

Des Himmelfahrtstages wegen erscheint die nächste Nummer dieses Blattes am Freitag nachmittag.

## Das Fiasko der Polenpolitik.

Der Kampf zwischen deutschen und polnischen Grundbesitzern resp. Agrariern in der Ostmark interessiert uns nicht in dem Maße, wie andere Leute; wohl aber interessiert es uns in hohem Maße, daß die „alldeutschen“ und nationalliberalen Hezer eine Niederlage erlitten haben, nachdem die Polenpolitik der Regierung Fiasko gemacht hat. Seit Jahren bietet die nationalliberale Partei das Schauspiel der widerwärtigsten Rassenverheerung, mag es nun gegen Polen, gegen dänischsprechende Nordschleswiger, gegen französischsprachige „Welschlinge“, oder gegen die Franzosen überhaupt und gegen die Engländer gehen. In diesem Kampfe wird von den Schulmeistern höherer und niederer Ordnung das „nationale“ oder „alldeutsche“ Banner vorangetragen und das böse Beispiel wird von andern nachgeahmt, wie von den Deutschen gegen die „Welschen“ in Tirol. Damit ist den französischen Chauvinisten und den englischen Jingos wiederum eine breite Angriffsfläche geboten und bei internationalen Differenzen, wie jetzt bei den Marokkowitzern, geht dann die böse Saat doppelt üppig auf.

Nach dem Fiasko der Polenpolitik in Preußen hatten die Nationalliberalen stürmisch die Anwendung des Enteignungsgesetzes gegen die Polen gefordert. Mit tiefer Trauer verzeichneten sie, daß die geschickten Operationen der Polen deren Grundbesitz bedeutend vergrößert haben. Sie stimmten eine Wehegeschrei an, wenn ein deutscher Großgrundbesitzer nicht „Patriotismus“ genug besaß, den lockenden Angeboten der Polen zu widerstehen, und sein Eigentum gegen klingende Münze in polnische Hände gab. Die Krokodilstränen der nationalliberalen Polenfreier erschienen uns um so lächerlicher, als diese Partei, wenn sie ihren Patriotismus durch materielle Opfer betätigen soll, nichts für das Vaterland übrig und ihr vollgerichtetes Maß dazu beigetragen hat, die niederdrückenden Lasten, welche Heer und Flotte verursachen, auf die Schultern der großen Masse zu packen, die oberen Zehntausend davon aber möglichst frei zu halten.

Dieser komischen Art von „Patriotismus“ hat die Regierung bis jetzt Vorschub geleistet mit den Ansiedlungsgesetzen, für deren Durchführung enorme Summen aus den Mitteln der Steuerzahler aufgewendet wurden. Das Enteignungsgesetz, das in einem Moment tiefster Mißstimmung über das Fiasko dieser Ansiedlungspolitik gemacht wurde, ist eine zweischneidige Waffe und deutet der Regierung denn doch zu gefährlich, um sie jetzt anzuwenden; auch die Junkerkraft möchte diese Waffe für die Zukunft nicht aus der Hand geben, aber vor der Anwendung hat doch auch sie eine gewisse Scheu. Es mag dazu beigetragen haben, daß aus andern Ländern Repressalien für die strenge Behandlung der Polen angedroht worden sind. Jedenfalls hat nur noch Rußland ähnliches aufzuweisen.

Der preussische Landwirtschaftsminister hat die Tatsache nicht hinwegleugnen können, daß die preussische Regierung ihre Polenpolitik geändert und ihre früheren Absichten um einige Pföckle zurückgesteckt hat. Er hat ausdrücklich die nationalen „Schwarzgeister“, welche forderten, daß jede Scholle aus polnischem Besitz in deutschen Besitz übergehen müsse, als „Kurzschüßer“ bezeichnet. Das war deutlich und wir gönnen es um so mehr den Nationalliberalen, für welche die ministerielle Autorität eine unbedingte ist.

Welches nun auch die eigentlichen Gründe sein mögen, die bewirkt haben, daß die Waffe des Enteignungsgesetzes vorläufig in der Rüstkammer verwahrt wird, so mag man es doch mit einer gewissen Genugtuung betrachten, daß außer der Nationalliberalen es niemand wagen will, daß historische Konto Preußens mit einer neuen polnischen Schuld zu belasten. Unwillkürlich steigt die Erinnerung herauf an die Zeiten Friedrich Wilhelms II., als nach der zweiten Teilung Polens die „rebellischen“ Grundbesitzer des Landes ihres Eigentums beraubt und dieses zu Schleuderpreisen an die preussischen Junker abgegeben wurde. Eine nicht geringe Zahl adeliger Familien gründete ihren Reichtum auf diese Expropriation. So wenig wir das „historische Recht“ der polnischen Aristokratie anerkennen, so wenig erkennen wir das Recht preussischer Junker auf polnische Güter an, und es soll uns nur niemand glauben machen wollen, daß dem Kampfe zwischen diesen beiden mittelalterlichen Rassen „höhere Ideen“ zu-

grunde gelegen hätten. Denn bei beiden ist das Volk stets gleich schlecht weggekommen.

Merkwürdigerweise richtet sich dieser Kampf zwischen deutsch-nationalem Fanatismus und Polentum. Während die preussischen Junker immer noch das Gespenst der polnischen Revolution und des alten polnischen Königreichs sehen, sind Nationalliberale und „Alldeutsche“ voll Grimm, daß, wie sie behaupten, das Polentum im Osten des Deutschen Reiches sich gegen Westen vorschleibt und „deutschen Besitz“ und „deutsche Bildung“ verdrängt. Sie gebärden sich, als ob sie das Polentum wie einen Pflanz im Fleische empfänden. Durch diese Vorpiegelung hat sich die preussische Regierung zu der unglückseligen Ansiedlungspolitik drängen lassen, über deren Zusammenbruch man lachen könnte, wenn nicht das preussische Volk mit seinen Steuergroschen die Kosten dieses total verfehlten Experiments zu tragen hätte.

Merkwürdigerweise richtet sich dieser deutsch-nationale Fanatismus aber nur gegen den polnischen Grundbesitz. Er verschwindet in dem Augenblick, wo deutsche Industrielle und Landwirte billige polnische Arbeitskräfte beziehen. Da hört mit einem Male die Empfindung auf, als ob das Polentum wie ein Fremdkörper oder wie ein Pflanz im Fleische des Deutschtums säße. Landwirtschaftliche polnische Arbeiter sind über ganz Deutschland zerstreut; man trifft sie meist da, wo die Landwirte sich mit den einheimischen Landarbeitern nicht verständigen können. In riesigen Massen aber sind polnische Arbeitskräfte in der Montanindustrie nach Rheinland und Westfalen gezogen worden; sie sind dort so stark, daß sie bei den Reichstagswahlen einen bedeutenden Machtfaktor bilden. Merkwürdigerweise droht dort keine „polnische Gefahr“, obwohl doch von den Gesichtspunkten konservativer Staatsweisheit aus der Proletariat als revolutionäres Element gefährlicher ist, als der Grundbesitzer. Das ist ganz genau so, wie mit der italienischen Einwanderung in Süddeutschland, wo sich die Italiener immer mehr seßhaft zu machen beginnen. Aber kein Mensch klagt über eine politische italienische Gefahr, die damit verbunden sein könnte. Dagegen erheben die nationalen Fanatiker in Süddeutschland ein Geschrei wie die Gänse des Kapitols, wenn ein französischer Jäger eine Jagd auf deutschem Boden pachtet.

Um das Fiasko der Ansiedlungspolitik noch weiter zu beleuchten, erzählte der preussische Minister von Dallwitz, man beklage sich vielfach darüber, daß durch sie die „besten Elemente“ aus verschiedenen deutschen Gegenden nach Polen gelockt würden!

Wir wollen nicht unterfragen, was es mit diesen „besten Elementen“ auf sich hat.

Jedenfalls steht so viel fest: die preussische Regierung hat sich dahin treiben lassen, eine „neue Polenfrage“ zu schaffen. Jetzt steht sie sich außerstande, eben diese Polenfrage zu lösen. Es gelingt nichts mehr!

## Politische Rundschau.

### Deutschland.

#### Ein großer Tag.

Im Reichstag war Dienstag das, was man einen großen Tag nennt. Die elsaß-lothringische Verfassungsfrage stand zur zweiten Lesung und der Kanzler selbst war herangereift, um seine von der Kommission allerdings stark veränderte und, wie anerkannt werden soll, mannigfach verbesserte Vorlage gegen die wütenden Angriffe der feudalen Fiskusbrecher zu schützen. Bekanntlich ist nach langen Bemühungen eine Art Kompromiß zwischen sämtlichen Parteien erzielt worden, nur die sanftschauerlichen Staatsstreicher und die Schackischen Judenfreier halten sich abseits. Das wütende Gebelzer, das diese Menschenfotte anstimmt, und das fanatische Gekreische der Schmutzfinken der „Kreuzzeitung“, „Deutschen Tageszeitung“, „Deutschen Zeitung“ und anderer Revolverblätter dieses Schlages geben immerhin einen deutlichen Fingerzeig, daß die Vorlage, wie sie aus der Kommission hervorgegangen ist, wenn auch sicher kein ideales Meisterwerk, so doch halbwegs modern und erträglich sein muß. In diesem Sinne sprachen sich denn auch die Redner unserer Fraktion, die Genossen Böhle und Frank aus. Die borusischen Raubritter auf der Rechten läßt alles, um die Vorlage zu Fall zu bringen. Sie befehlen erst dem sächsischen Richter Wagner Bundeschmerzen über die angebliche Benachteiligung Preußens vorzustöhnen, und ließen dann, als der Herr aus Sachen ihnen zu sehr im sanften Nierenkaffeetone sprach, ihre unverfälschte Junkermeinung in der unverfälschten Junkersprache des Sanftschauers vortragen. Mit rednerischen Heugabelstichen und Drehschlegelstößen suchte Glard der Grobe Theobald den Sankten heim, sodas sogar dieser die Geduld verlor und sich etwas wie ein Aufbäumen gegen

die Junkerbevormundung leistete. Geradezu unermüdlich und wenig wählertisch waren die Konservativen in ihrem Betragen, dem Gesetze Knüppel zwischen die Beine zu werfen. Ein paar nationalistische Elsther krochen auf den Junkerleim; das Zentrum aber als Ganzes merkte die Absicht und wurde sehr verstimmt, und Groeber wurde sogar sehr ausfallend gegen die blauen Brüder. In vortrefflicher Rede verspottete Bebel die Konservativen, die sich als Nationalitätenschützer verkleiden und die partikularistischen geistlichen Notabeln, die so tun, als ob sie den Kulturkampf fürchten.

Alle Rücken und Lücken halfen den Konservativen nicht. Das Verfassungsgesetz gelangte in der Kommissionsfassung zur Annahme.

Am Mittwoch kommt nun das Wahlgesetz heran.

#### Die Nachwahl im vierten Berliner Landtagswahlbezirk.

Bei der Nachwahl im vierten Berliner Landtagswahlbezirk wurde am Dienstag der Abgeordnete Kreitzing mit 245 Stimmen wiedergewählt, während auf unsere Genossen Max Grundwald 194 Stimmen entfielen. Von den freisinnigen Wahlmännern fehlten 16, von den sozialdemokratischen 6; ferner wurden 20 Mandate von freisinnigen und 12 von sozialdemokratischen Wahlmännern wegen nicht vorchriftsmäßiger Zusammenlegung der Wahlvorstände kassiert.

#### Frecher Hohn.

Die „Kreuzzeitung“ schreibt: „Die Ablehnung des sozialdemokratisch-fortschrittlichen Antrags auf Herabsetzung der Altersrente von 70 auf 65 Jahre bei der Gewährung der Altersrenten wird nicht nur von der sozialdemokratischen, sondern auch von einem Teile der linksliberalen Presse als ein neuer Beweis unsozialer Gesinnung des schwarz-blauen Blocks bewertet. Das ist ein durchaus unehrliches Verhalten. Es kann niemandem unbekannt sein, daß alle Parteien den lebhaften Wunsch haben, diese Herabsetzung der Altersgrenze vornehmen zu können. In der Kommission ist diese Stimmung klar und deutlich zum Ausdruck gebracht worden. Aber angesichts der ohnedies sehr bedeutenden finanziellen Mehrbelastung durch die Reichsversicherungsordnung hat von der Erfüllung dieses Wunsches vorderhand Abstand genommen werden müssen. Und die bürgerlichen Parteien haben sich damit ohne Ausnahme einverstanden erklärt, indem sie in der Kommission gegen den sozialdemokratischen Antrag stimmten.“

„Vorderhand“ bleibt den hungernden alten Arbeitern — die volle Kompottschüssel.

#### Das Kesseltreiben gegen die Ortskrankenkassen.

Aber die Allgemeine Ortskrankenkasse in Witten an der Ruhr bringt die Dortmunder „Tremonia“ einen gehässigen Artikel, dem ein Zirkular des Vorstandes an die Arbeitgeber zugrunde liegt, worin etwas verlangt wird, was die Gewährsmänner der „Tremonia“, die Mäcker der neben der Wittener „Allgemeinen Ortskrankenkasse“ noch existierenden „Ortskrankenkasse für Handwerksgefellten“ schon jahrelang üben, und was in fast allen von den Christen geleiteten Krankenkassen allgemein geübt wird, natürlich geheim.

In dem Rundschreiben an die Unternehmer weist der Vorstand der Ortskrankenkasse darauf hin, daß im abgelaufenen Geschäftsjahr dem Reservefonds wieder 8000 Mk. zur Deckung der laufenden Ausgaben entnommen werden mußten, sodas der Reservefonds nur noch einen Bestand von 28 622,11 Mk. zeigt, während er eigentlich 118 228,15 Mark betragen müßte. In dem Rundschreiben wird dann ausgeführt:

„Um diesem Übel zu steuern, ist es daher eine unbedingte Notwendigkeit, daß seitens der Arbeitgeber unter den zur Einstellung kommenden Arbeitern eine bessere Auswahl getroffen wird. Invaliden und aufsehend fränkliche Personen sind möglichst zurückzuweisen. Sollte sich aber die Annahme derartiger Leute nicht vermeiden lassen, dann bitten wir denselben aufzugeben, zunächst von dem ihnen auf Grund des § 3 a des Krankenversicherungsgesetzes zustehenden Rechte der Befreiung von der Krankenversicherungspflicht Gebrauch zu machen und dieselben erst dann einzustellen, wenn sie eine von uns ausgestellte Befreiungserlangen, daß die Befreiung erfolgt ist. Diese Personen brauchen alsdann nicht zur Kasse angemeldet zu werden. Sollten sie erkranken, so hat nötigenfalls der zuständige Armenverband einzutreten. Die Anträge auf Befreiung sind seitens der in Frage kommenden Leute entweder mündlich oder schriftlich mittels besonderer Formulare, die von uns auf Wunsch unentgeltlich geliefert werden, auf der diesseitigen Kasse anzubringen.“

Um diesen Schritt des Vorstandes zu begreifen, sei folgendes bemerkt: In Witten, einer Stadt von 30 000 Einwohnern, bestehen außer der Allgemeinen Ortskrankenkasse und der erwähnten, in Zentrumshänden befindlichen Ortskrankenkasse für Handwerksgefellten noch neun

Fabrikkrankenassen. Das Abschieben invalider und kranker Arbeiter wird von diesen Kassen seit jeher geübt, zum großen Nachteil der Allgemeinen Ortskrankenkasse. Letztere Kasse ist zu ihrem gewöhnlichen sozialen Vorgehen durch die Verhältnisse geradezu gezwungen. Die unerhörte Ausbeutung in der Berg- und Hüttenindustrie bringt es mit sich, daß die Arbeiter massenhaft erkranken und zu einem erheblichen Teil ganz oder teilweise erwerbsunfähig werden. In Betrieben, die eine eigene Krankenkasse haben, werden solche Leute nur beschäftigt, wenn sie sich von der Krankenversicherungspflicht befreien lassen. Um nun in solche Betriebe hineinzukommen, arbeiten diese Leute zunächst ganz kurze Zeit in einem städtischen Betriebe, werden dann bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse angemeldet, scheiden dann aus dem städtischen Betriebe wieder aus, bleiben aber freiwillige Mitglieder der Kasse. Selbst die Armenverwaltung beschäftigt Arme auf kurze Zeit als Straßenkehrer, nur um sie in die Allgemeine Ortskrankenkasse als Mitglieder bringen zu können. Die anderen Kassen schieben ihre kranken und invaliden Arbeiter ab und die Ortskrankenkasse ist gezwungen, sie aufzunehmen. Im letzten Jahre haben die von der Stadt zur Ortskrankenkasse angemeldeten Arbeiter der Kasse eine Einnahme von 3000 Mk. gebracht, aber eine Ausgabe von 7000 Mk. verursacht. — Die Allgemeine Ortskrankenkasse handelte also, als sie das sozial nicht zu billige Rundschreiben hinausgab, einfach in Notwehr. Die Schuld trifft aber die Regierung und die bürgerlichen Parteien, die absolut nichts tun, um die Kassenzersplitterung zu beseitigen.

### „Angst vor den Wahlen“.

Im Hinblick auf die bevorstehenden Reichstags-, Landtags- und Gemeindevahlen beschloß der bayrische Gastwirte-Verband, den Mitgliedern zur Pflicht zu machen, ihre Räumlichkeiten allen Parteien ohne Unterschied des politischen Glaubensbekenntnisses zur Verfügung zu stellen.

Die „Tägliche Rundschau“ gibt dieser Meldung folgende Einleitung: „Auch Angst vor den Wahlen haben die deutschen Gastwirte“.

### „Ministerielle Eintagsfliege.“

Die Nachbarn des Ostmarkenvereins fahren fort, gegen den preussischen Minister v. Schorlemer in der schärfsten Weise vorzugehen. Die „Deutsche Zeitung“ bezeichnet den Minister als eine „ministerielle Eintagsfliege“, der die Macht, über die er momentan verfügt, einfach mißbraucht. Das alldeutsche Blatt weist bei dieser Gelegenheit darauf hin, daß die Regierung nicht nur den Ostmarkenverein, sondern auch anderen patriotischen Vereinen gegenüber eine direkt ablehnende Stellung einnehme. Abgesehen von dem alldeutschen Verband, der als „Herold der Dinge“, die da kommen sollen, meist in der Opposition gegen die Regierung stehe, werden die Deutsche Kolonialgesellschaft und der Flottenverein von der Regierung in ähnlicher Weise behandelt. Insbesondere dem Flottenverein habe man das Rückgrat gebrochen. In dem Hinweis des Ministers darauf, daß dem Ostmarkenverein Staatsbeamte in großer Anzahl angehören, erblickt die „Deutsche Ztg.“ eine versteckte Drohung und das Verlangen, die Beamten müßten dem Ostmarkenverein den Rücken kehren. Das Blatt vertraut aber auf das Selbstgefühl der deutschen Ostmärker und auf das nationale Gefühl der deutschen Beamten, die einen Damm bilden werden, „an dem sich die Unzulänglichkeiten eines Ministers aus der Diaspora der nationalen Politik brechen werden.“

### Die „Entschädigung“.

Nach einer Meldung aus Essen ist dem Genossen Ludwig Schröder für die unschuldig verbüßte Untersuchungshaft und für die vom 3. Oktober 1895 bis zum 3. April 1898 unschuldig erlittene Zuchthausstrafe aus Anlaß des Essener Meineidsprozesses vom Justizministerium eine „Entschädigung“ von 5250 Mark zugesprochen worden. Der Bergmann Friedrich Thiel, der sechs Monate unschuldig verbüßte, erhielt 1000 Mark zugewilligt; er hatte 2000 Mark beansprucht. Die Entschädigungen für die übrigen Opfer des Justizmordes sind noch nicht geregelt. Die Ansprüche des dauerndem Siechzum verfallenen Bureaubeamten Johann Meyer stellen sich auf 50 000 Mk. Selbstverständlich bedarf es keines Hinweises, daß die Qualen der Zuchthausmarter durch keinerlei „Entschädigungen“ aufgewogen werden können.

### Streikbrecherstraf.

Zu der Verhandlung der Petitionskommission des Reichstags über die Eingaben der Innungsverbände, Fabrikantenvereine, Arbeitgeberverbände und ähnlicher Vereinigungen mit der Bitte um Erlaß von Bestimmungen zum Schutze der Arbeitswilligen gegen Bedrohung und Mißhandlung, zum Schutze der Gewerbetreibenden gegen Verurteilungen, Vorkauf usw. und zu den Erklärungen des Referenten: „Unbedingt müsse dafür eingetretet werden, daß der brave ruhige Arbeiter bei Streiks nicht durch Belästigung von Streikposten, Bedrohung oder Mißhandlung gehindert werde, weiter zu arbeiten oder angebotene Arbeit anzunehmen“, bemerken die „Berl. Pol. Nachr.“:

In den Ausführungen des Referenten — dieser ist der Zentrumsabgeordnete Göring — ist ganz besonders der Hinweis bemerkenswert, daß Mißstände, wie sie in den Eingaben geschildert werden, tatsächlich vorhanden und durch Gerichtsverhandlungen in zahlreichen Fällen nachgewiesen sind. Die daraufhin erhobene Forderung, daß der arbeitswillige Arbeiter keinesfalls gehindert werden dürfe, seinem Gewerbe weiter nachzugehen bzw. angebotene Arbeit anzunehmen, ist von der Kommissionmehrheit gebilligt worden und wird von jedem gebilligt werden müssen, der nicht will, daß Gesetz und Staatsautorität zum Aberglauben werden sollen. Öffentlich zeigt die Stellungnahme der Petitionskommission des Reichstags gegenüber den Beschwerden und Bitten in dieser Sache an, daß die Forderung eines stärkeren Schutzes der Arbeitswilligen und ebenso die Forderung wirksamer Abwehrmaßnahmen gegen Vorkauf und Verurteilung eine sichere Mehrheit im Reichstage hinter sich hat.

Daß für den Frevler der Arbeiterentwertung eine höhere Mehrheit vorhanden ist, zeigen die Verhandlungen über die Reichsversicherungsordnung mit erschreckender Deutlichkeit.

### Ein Muster-Freiwirter.

Ein Parteitag der rheinischen Fortschrittler wurde am Sonntag in Solingen abgehalten. Der Bericht über den Stand der Parteibewegung behauptet, daß die Fortschrittler seit der Verschmelzung der linksliberalen Parteien im Rheinland starke Fortschritte gemacht hätten. Die Zunahme der Organisierten betrage seit vorigem Jahre 72 Prozent. Nur im Wahlkreise Eickhoffs, Kemscheid, ist ein Rückgang zu verzeichnen, was darauf zurückzuführen ist, daß Eickhoff dem Parteisekretär verbot, in seinem Wahlkreise zu agitieren. Er rechtfertigte dies Verbot damit, daß wegen der rücksichtslos auftretenden Sozialdemokratie die Fortschrittler es in seinem Kreise nicht mit den rechtsstehenden Parteien verderben dürften. Die offiziellen Parteivertreter und der Abg. Kopsch verteidigten die Haltung Eickhoffs, während ein anderer Teil ihn scharf angriff. — Eigentlich ist es nicht recht zu verstehen, weshalb der Abg. Eickhoff nicht längst sich seinen Platz in den Reihen der Konservativen gesucht hat, mit denen er schon vielfach, im Gegensatz zu seinen Parteifreunden, gestimmt hat. Der Wahlkreis Kemscheid war bereits im Besitze der Sozialdemokratie; Herr Eickhoff hat nur dann Aussicht, wiedergewählt zu werden, wenn die Christlich-Sozialen und das Zentrum für ihn stimmen. Um den Preis des Mandats ist diese Fierde des Liberalismus schließlich auch bereit, einen Religionswechsel zu vollziehen. Das ganze Vorgehen ist aber kennzeichnend für die Überzeugungstreue der Kopsch und Wiemer, die diese Eickhoffische Mandatspolitik ausdrücklich billigen.

### Nachklänge zur Stuttgarter Oberbürgermeisterwahl.

In der Württembergischen Kammer brachte Genosse Heiman am Dienstag bei der Beratung des Etats des Innern den „Staatsanzeiger“-Artikel zur Sprache, aus dem allgernein gefolgert wurde, daß die württembergische Regierung den Genossen Lindemann im Falle seiner Wahl nicht bestätigt haben würde. Genosse Heiman führte u. a. aus: „Der Artikel werde allgemein als eine Desavouierung der früheren Haltung der Regierung gegen Ortsvorsteherwahlen aufgefaßt. Die von dem Artikel angemaßte Zensur fordere die schärfste Zurückweisung heraus, weil der „Staatsanzeiger“ ein Organ des Staates und seine Redakteure Staatsbeamte seien. Ob die Regierung fernerhin ein Recht habe, als über den Parteien stehend betrachtet zu werden, hänge wesentlich davon ab, wie sie die Haltung ihres Organs rechtfertige. Der Artikel enthalte eine Klassifizierung und Disqualifizierung größerer Wählerchaftsteile. Er habe den gegen das allgemeine, direkte und geheime Wahlrecht auftretenden konservativen Tendenzen unmittelbar Vorschub geleistet. Mit der Aufstellung eines Oberbürgermeisterkandidaten habe die Sozialdemokratie nicht einen Anspruch auf Massenherrschaft erhoben, wie der Artikel behauptet, sondern nur den Anspruch auf gesetzlich garantiertes Recht. Im übrigen sei weder in der Verfassung, noch in der Gemeindeordnung ein Grund für die eventl. Nichtbestätigung zu finden. Noch 1904 habe der Minister ausdrücklich erklärt, daß eine Bestätigung wegen der Parteizugehörigkeit nicht verlagert werden könne. Die sozialdemokratische Partei betrachte den „Staatsanzeiger“-Artikel als eine Herausforderung.“

Der Minister des Innern v. Bischoff antwortete, der Artikel sei von der Regierung weder beeinflusst noch beanjandert; es handele sich um eine Redaktionsarbeit des „Staatsanzeigers“. Die Angriffe auf die Regierung seien damit hinfällig. Der Artikel enthalte wohl gewisse Wendungen die besser unterblieben oder abgemildert worden wären, aber keinen Angriff auf das Wahlrecht. Es sei völlig falsch, wenn etwa angenommen werde, die Regierung oder die Krone hätten zu der Frage der Bestätigung überhaupt Stellung genommen. Über irgendwelche Möglichkeiten Rede und Antwort zu stehen, sei die Regierung nicht verpflichtet. Durch die Art der Proklamierung des sozialdemokratischen Kandidaten sei allerdings die Gefahr einer starken Abhängigkeit von den Parteibeschlüssen gegeben gewesen. Lindemanns Bestätigung erkenne auch er an. Die Haltung der Regierung zur Sozialdemokratie werde durch das Verhalten der Sozialdemokratie zur Regierung beeinflusst; die Regierung könne nicht der Sozialdemokratie die Hand bieten.

Ein nationalliberaler Redner verteidigte den „Staatsanzeiger“-Artikel; ein Bauernbündler benutzte die Debatte zu einem scharfen Angriff auf das allgemeine, gleiche Wahlrecht. Mit besonderer Schärfe wies der Zentrumsführer Kiene auf die Unmöglichkeit der Bestätigung eines sozialdemokratischen Oberbürgermeisters hin. Unmöglich könne die Regierung den Kandidaten einer Partei des Amsturztes der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung bestätigen.

Im weiteren Verlaufe der Debatte erklärte Minister v. Bischoff, nach wie vor halte er seine Erklärungen von 1904 aufrecht. Es lasse sich aber nicht verkennen, daß die Regierung gegen sozialdemokratische Oberbürgermeister sehr vorsichtig sein müsse. Gegen 1904 sei die Sachlage auch durch die Beschlüsse des Magdeburger Parteitages eine andere gewesen. Bei den Erklärungen von 1904 habe es sich darum gehandelt, das Bestätigungsrecht der Regierung gegen die Parteien der Kammer durchzusetzen. Damals habe auch das Zentrum auf dem Standpunkte gestanden, daß niemandem wegen religiöser oder politischer Anschauungen die Bestätigung verweigert werden könne. Er wundere sich, daß der Zentrumsvertreter jetzt eine andere Haltung eingenommen habe. Der Minister versicherte zum Schluß noch einmal, die Staatsregierung könne für den „Staatsanzeiger“-Artikel nicht verantwortlich gemacht werden.

### Portugal.

Eine Gegenrevolution? Wie aus London mitgeteilt wird, erhielten dort ansässige Portugiesen die Nachricht, daß eine Gegenrevolution sorgfältig vorbereitet sei, deren Ausdruck in Lissabon unmittelbar bevorstehe. Es sei beabsichtigt, daß die Monarchisten in Oporto das Zeichen zur Erhebung geben.

### ARABERKRIEG.

Die Franzosen in Fez. Die Kolonnen Moitiers ist am 21. Mai abends in Fez ohne Schwerfretsch eingedrückt. Alle Europäer sind wohl auf.

### Aus Lübeck und Nachbargebieten

Mittwoch, den 24. Mai.

**Achtung, Tapezierer!** Die Tapezierer Lübeck befinden sich wegen Nichtanerkennung ihrer Forderungen in Ausland. Zugang nach Lübeck ist streng fernzuhalten.

**Wegen der Maifeier** sind Differenzen in der Wandliefenfabrik Dänischburg (Willeroy u. Woch) ausgebrochen, deshalb ist der Betrieb für Schlosser Dreher, Maurer, Fabrikarbeiter und Arbeiterinnen gesperrt. Zugang ist streng fernzuhalten.

**Achtung, Maler!** über die Werkstellen Hargus Dirks u. Meier, Westphal und Grabau in Travemünde ist die Sperre wegen Nichtanerkennung des Tarifes verhängt worden. Kein Kollege darf dort in Arbeit treten.

Eine neue Liste bonfottierter Wirtschaften hat die hiesige Militärbehörde vor kurzem in den Mannschafsstuben der beiden Kasernen zur gefl. Beachtung aufschlagen lassen; dieselbe enthält die Namen einer ganzen Anzahl Lübecker Bürger, die das schreckliche Verbrechen begangen haben, ihr Bier auch an Arbeiter und Sozialdemokraten gegen Bar verzapft zu haben. Wie konnten sie auch so etwas tun? Wenn Arbeiter über Unternehmer, welche berechnigte Arbeiterforderungen ablehnen oder die sonst die Interessen der werktätigen Bevölkerung mit Füßen treten, den Boykott verkünden, dann jammert und schimpft die gesamte bürgerliche Presse über diesen „Terrorismus“. Gegen den wirklichen militärischen Terrorismus hat sie natürlich nichts einzuwenden und wie einseitig dieser angewandt wird, ergibt sich beispielsweise daraus, daß man einen Israelsdorfer Wirten wegen der Maifeier mit dem Militärboykott belegt, während man alle anderen Wirtschaften Israelsdorfs davon freiläßt, obwohl auch ihr Bier von den Maifeiern getrunken wurde. Was ist überhaupt der Zweck solcher Übung? Glaubt man wirklich, daß die Luft in Lokalen, in denen Sozialdemokraten verkehrt haben, auch die Soldaten mit sozialistischem Geist erfüllt? Leider ist es nicht so. Wozu denn aber der Boykott. Soll dieser nur eine Schikane sein gegen die hiesige Einwohnerschaft, die ihre Waren an alle Leute verkaufen, welche solche begreifen; auch an die Sozialdemokraten? Warum boykottieren die Militärbehörde denn nicht auch die Krämer, Barbier usw., welche Sozialdemokraten bedienen? Weshalb also nur die Wirte? Will man diese besonders zübeln? Wir betrachten diesen militärischen Wirteboykott als ein durchaus ungehöriges Vorgehen, gegen das auf das entschiedenste protestiert werden muß.

**Statistische Vierteljahrsberichte.** Das Statistische Amt gibt von jetzt ab gedruckte statistische Vierteljahrsberichte heraus. Die erste Nummer (für das vergangene 1. Quartal 1911) ist soeben in einem Umfang von 13 Seiten erschienen. Nach der Inhaltsübersicht erstrecken sich die Angaben auf: Witterung, Bevölkerung, Bautätigkeit, öffentliche Betriebe und Einrichtungen, Verkehr, Schlachthof und Viehmarkt, Preise, Gewerbe und Industrie, Arbeiter-Versicherungswesen und Soziale Fürsorge, Bildungswesen, Gesundheitspflege, Steuern und Abgaben. Diese Vierteljahrsberichte werden den Mitgliedern der gesetzgebenden Körperschaften und den Behörden unentgeltlich zugestellt. Außerdem werden noch 50 Exemplare gedruckt, die für 1 Mk. im Jahre abonniert werden können und auch im Einzelverkauf zu 30 Pfg. für die Nummer erhältlich sind. Die Bestellung ist bei dem Verlag von Gebr. Bornemann, G. m. b. H., anhängig zu machen.

**Verachtete Sittlichkeitsverbrechen.** Gestern vormittag gegen 1/2 Uhr beobachteten Passanten der Bülowstraße, wie ein Radler sich mit dort spielenden Kindern beschäftigte. Er ließ Kinder auf seinem Rade sitzen und fuhr sie dann eine kleine Strecke fort. Dasselbe Manöver vollführte er auch mit dem 4jährigen Töchterchen des Bäckermeisters Regling, ohne jedoch mit dem Kinde zurückzufahren. Eine Nachbarin beobachtete, wie der Radfahrer mit dem Kinde die Marktstraße entlang fuhr. Sie benachrichtigte die Eltern, die, nachdem sie das Kind nirgend finden konnten, sofort die Polizei benachrichtigten und durch den Vater selbst die Verfolgung des Flüchtlings aufnahmen. Letzterer hatte sich in der Richtung nach Westloos mit dem Kinde entfernt. Ein berittener Schuhmann verfolgte schließlich den Burschen und traf ihn bei dem Wege nach Alt-Dauerhof an. Dieser ließ nun Kinde und Rad im Stich und floh in den Wald hinein, wohin ihm der Schuhmann nicht folgen konnte. Zweifelloch hat das Subjekt Unsitlichkeiten an dem kleinen Wesen vornehmen wollen. Die Spur des Entflohenen wurde von einem Polizeihund aufgefunden, führte jedoch zu keinem greifbaren Resultat. Die Polizei ist dem Menschen, dessen Personalleistungen jetzt genau bekannt sind, auf der Spur.

**Im wunderschönen Monat Mai.** Das fast ununterbrochene schöne Wetter, das uns nun bereits, mit ganz kurzen Störungen, seit Ostern, also seit 5 Wochen beschert ist, verdient als eine Merkwürdigkeit des Frühjahrs 1911 in der Erinnerung behalten zu werden. In den letzten Tagen war dieses schöne Wetter ganz besonders eigenartig, da es trotz höchst unerfreulichen Aussehens der Wetterkarte und trotzdem dementsprechend trübseliger amtlicher Wetterprognosen seine Herrschaft behauptete. Nach der Wetterkarte der letzten Tage könnte man glauben, daß Regen, Kälte und dicke Wolkenmassen zu verzeichnen seien; tatsächlich aber herrschte prächtiger Frühlingssonnenschein, und nur ein etwas lebhafter Wind deutete auf eine gewisse Unruhe der Atmosphäre hin. Auch war die Luft zwar angenehm, aber doch nicht mehr so sommerlich warm wie in der Vorwoche. Die letzten Nächte machte sich allerdings eine recht unangenehme kühle Temperatur bemerkbar. Wenn wirklich gegenwärtig, wie es fast den Anschein hat, die „kalten Tage des Mai“ am Rande sind, so können wir uns gratulieren, daß wir diesmal gerade davon gekommen sind. Wir hatten eine so lang anhaltende schöne Witterung im Mai seit 1901 nicht mehr zu verzeichnen, der ja leider überhaupt seinen Ruf, ein „wunderschöner Monat“ zu sein, nur allzu oft kläglich verleugnet.

**Was das Meer verschlingt.** Nach den Listen des Germanischen Lloyd sind im April 27 Dampfer mit 46 482 Brutto Reg.-T. und 85 Segelschiffe mit 12 709 Netto Reg.-T. vollständig verloren gegangen, gegen 18 Dampfer mit 26 749 Brutto Reg.-T. und 26 Segelschiffe mit 8239 Netto Reg.-T. im April vor. Jahres. — Von den im April dieses Jahres verloren gegangenen 27 Dampfern sind 11 gestrandet, 8 zusammengestoßen, 1 durch Eis beschädigt, 3 durch Feuer verloren gegangen, 2 verschollen, 1 gekentert und 1 gesunken; von den 85 Segelschiffen sind 16 gestrandet, 5 zusammengestoßen, 1 durch Eis beschädigt, 1 durch Feuer verloren ge-

gangen, 4 verschollen, 1 gekentert, 5 gesunken und 2 verlassen. — Außer diesen Totalverlusten hatten im April dieses Jahres noch 478 Dampfer und 114 Segelschiffe Havarien. — Neben verlorenen Dampfern und Segelschiffen ist die deutsche Flagge je zweimal vertreten.

**Doppel-Badeanstalt Falkenwiese.** Die Temperatur betrug am 23. Mai, morgens 6 Uhr: Wasser 17, Luft 13; morgens 10 Uhr: Wasser 17½, Luft 16; mittags 12 Uhr: Wasser 18, Luft 18; abends 6 Uhr: Wasser 18, Luft 16 Grad Celsius. Zahl der Badenden: etwa 350 männliche (darunter 2 Klassen mit 60 Schülern) und 300 weibliche Personen.

**Neues von der Post.** Eine schonende Behandlung der Postsendungen hat jetzt das Reichspostamt allen seinen Besonderen von neuem zur Pflicht gemacht. Es soll insbesondere darauf geachtet werden, daß Patete, die Glas, Eier usw. enthalten und deren Inhalt in der Aufschrift als leicht zerbrechlich angegeben ist, während der Postbeförderung nicht sorglos behandelt, geworfen oder fallen gelassen und auf diese Weise beschädigt werden. Solche Sendungen sollen beim Umladen usw. nach Möglichkeit von Hand zu Hand weitergegeben und bestmöglich niedergelegt werden. — Nach einer Mitteilung der brasilianischen Postverwaltung ist die Aufschrift der Postpakete nach Brasilien häufig unvollständig. Es entstehen dadurch Verzögerungen in der Zustellung an den Empfänger. Die Postanstalten sind deshalb solchen angepisien worden, bei der Annahme von Paketen nach Brasilien den Absendern zu empfehlen, in den Paketaufschriften neben dem Bestimmungsort auch Straße, Hausnummer usw. anzugeben.

**Der Maikäfer als Schädling im Obst- und Gemüsegarten.** Zu den schlimmsten aller Pflanzenschädlinge gehört unstreitig der Maikäfer nebst seiner Larve, dem sogenannten Engerling. Gewöhnlich im Mai kommt der fertige Maikäfer ans Tageslicht, zum Flug, Fraß und zur Fortpflanzung. Es gibt zwei Arten Maikäfer, der gemeine und der Kopsaltanien-Maikäfer. Der letztere, etwas kleiner, hat dunkelbraune bis schwarze Fühler und Beine. Die Eier legt das Weibchen gegen Ende der Flugzeit (Mai bis Anfang, ja sogar Ende Juni) in der Erde haufenweise ab; im ganzen etwa 70 Stück. Es gräbt sich zu diesem Zwecke in den Boden ein. Nach vier bis sechs Wochen kommen die kleinen Larven aus, die in der ersten Zeit gesellig leben. Die Entwicklung der Larve vom Ei bis zum Käfer währt in den nördlichen Gegenden vier, in den südlichen drei Jahre, während welcher Zeit die Larve der Zerstörung der Pflanzen in der Erde obliegt. Ausgerüstet mit scharfen Kauwerkzeugen und einem unerfättlichen Magen richten die Engerlinge selbst in jungen Obstbäumen unermeßlichen Schaden an, indem sie in die verhältnismäßig noch zarte und junge Rinde der Wurzeln runderliche Vertiefungen fressen, gleichzeitig auch alle Seitenwurzeln zerstören, so daß jegliches Wachstum aufhört. In Süddeutschland, vor allem aber in Frankreich, wo die Engerlinge massenhaft auftreten, werden oft ganze Felder junger Obstbäume in der Baumschule bis auf einzelne Stämmchen von ihnen vollständig zerstört. Im Gemüsegarten fressen sie an allen möglichen Gemüswurzeln, an Erdbeerenwurzeln, an Möhren und anderen Rüben, an jungen und reifen Kartoffeln usw. Nicht minder schädlich sind natürlich auch die Maikäfer, die in Jahren, wo sie massenhaft erscheinen, die Bäume ihrer Blätter bisweilen völlig berauben, so daß nur die Blattrippen übrig bleiben, und es ist jetzt die beste Zeit zu ihrer Vernichtung gekommen.

Zu diesem Zwecke werden sie früh, wenn sie erstarrt an den Bäumen hängen, abgeschüttelt, gesammelt und dann zerstampft, oder mit heißem Wasser totgebrüht und auf dem Komposthaufen geworfen, oder auch in mäßigen Gaben an das Geflügel verfüttert. Man muß den Käfern jede Gelegenheit nehmen, ihre Eier in den Boden zu bringen, und das ist eben nur dadurch möglich, daß man sie vorher entfernt und vernichtet. Da man die Käfer fleißig abgesammelt, so ist es nicht minder notwendig, auch die Engerlinge, welche im Sommer sehr nahe an der Erdoberfläche leben beim Graben oder wie sie sich finden, zu suchen und zu vernichten. Dieses ist sehr leicht, wenn man sie nur oben auf die Erde wirft, da schon die Einwirkung der Luft und des Lichtes sie tötet. Meistens werden sie aber hier von einer Reihe von Vögeln, wie Krähen, Staren, Eiern usw., als willkommene Speise weggepickt. Auch der Maulwurf ist ein eifriger Feind der Engerlinge. Zum Ködern ist zu empfehlen, etwa im Juni Salat zwischen die Reihen anderer Gemüsearten zu säen. Diesen lieben die Larven ungemein und verschmähen alle anderen Wurzeln, wenn ihnen Salat zur Verfügung steht. Werden dann diese Fanzog und Köderpflanzen im Sommer weggeworfen, so muß man sofort nachgraben und die an den Wurzeln befindlichen Engerlinge vernichten. Sie durch Krankheitspilze und Schwefelkohlenstoff oder sonstige chemische Mittel zu bekämpfen, hat sich bis jetzt nicht bewährt.

**ph. Fahrrad Diebstahl.** In dem Durchgang vom engen zum weiten Krambuden ist in der Nacht vom 22. zum 23. ds. Mts. ein Fahrrad, Marke „Patria“, mit schwarzem Rahmenbau, ebensolchen Felgen, nach oben gebogener Lenkstange, schwarzen Schutzblechen und der vom Polizeiamt gefertigten Erkennungsnummer 1347 abhandengekommen und vermutlich gestohlen worden. Auf der Glocke ist ein Panterkopff bildlich dargestellt.

**Berein „Öffentliche Beschalle“.** Mengstraße. Am Himmelfahrtstage wird die Wiederankunft wie an Sonntagen, von 11½ bis 1½ Uhr stattfinden. Die Beschalle wird bis 9 Uhr abends geöffnet sein.

**Stadthallentheater.** Man schreibt uns: Die heitere französische Mlle, die heute nicht nur die heimatische Bühne beherrscht, sondern auch in Deutschland die gleichartigen deutschen Produkte an Geist und Grazie weit überflügelt, kommt am Donnerstag mit Hennequin und Duval: „Sein Doppelgänger“ zu Worte. Allen Freunden des Humors, der heiteren Stimmung und einer frohen Laune sei der Besuch dieser Vorstellung bestens empfohlen. Das Lustspiel „Sommerputz“ gelangt noch Freitag und Sonntag zur Wiederholung. Die so beliebten volkstümlichen Vorstellungen, jeder Platz 50 Pfg., beginnen am Sonntagabend.

**Schwartau.** Die weiblichen Mitglieder des sozialdemokratischen Vereins machen am Himmelfahrtstage einen Ausflug nach Seeres. Genossen und Genossinnen, beteiligt euch recht zahlreich.

**Hamburg.** Zum Kampf im Holzgewerbe. Nachdem, wie wir bereits mitteilten, die Verhandlungen vor dem Einigungsamt zu einer Einigung zwischen den Parteien nicht geführt haben, gab der Vorsitzende ohne alle Umschweife die Erklärung ab, daß am 23. Mai ein Schiedsspruch gefällt würde. Das ist nun geschehen, der Schiedsspruch ist den Parteien bereits zugestellt worden. Er ist mit 3 gegen 2 Stimmen abgegeben worden und hat folgenden Wortlaut: „I. In Anbetracht dessen, daß ein erstes Verbot der Arbeitgeberverband mit der Errichtung eines paritätischen Arbeitsnachweises einverstanden ist, aber für seine Mitglieder auf ein freies Wahlrecht, wen sie als Arbeiter einstellen wollen, auf keinen Fall verzichten will, und daß den Arbeitgebern ein solcher Verzicht ebensowenig zugemutet werden kann wie den Arbeitern ein Verzicht auf freies Wahl-

recht, bei welchem Arbeitgeber sie arbeiten wollen, daß an der Seite des Arbeiter-Verband ein freies Wahlrecht in der Annahme von Arbeitern der Arbeitgeber hauptsächlich und deswegen nicht zuerkennen will, weil er befürchtet, daß viele Arbeitgeber den Arbeitsnachweis ganz umgehen und stets nur Umgehungen haltende Arbeiter annehmen würden, und zwar zu tarifwidrigen Arbeitsbedingungen, werden folgende Bestimmungen getroffen: 1. Es wird ein paritätischer Arbeitsnachweis eingerichtet. 2. Die Benutzung des Nachweises ist für Arbeitgeber und Arbeitnehmer obligatorisch, und die Zuweisung der Arbeitnehmer an die Arbeitgeber und umgekehrt geschieht grundsätzlich nach der Reihenfolge der eingetragenen Anmeldungen. Will aber ein Arbeitgeber einen Arbeiter außerhalb der Reihenfolge oder einen noch gar nicht eingetragenen Arbeiter annehmen, so steht dem nichts entgegen, wenn der betreffende Arbeiter damit auch einverstanden ist. Den noch nicht eingetragenen Arbeiter muß der Arbeitgeber zunächst mit einer entsprechenden Bescheinigung zum Arbeitsnachweis senden, um sich dort eintragen zu lassen. Die Bescheinigung muß außer der Erklärung, daß der Arbeitgeber den Inhaber der Bescheinigung zur Arbeit annehmen wolle, den Namen des Arbeiters und die vereinbarten Arbeitsbedingungen enthalten. Der Arbeitsnachweis trägt dann den Arbeiter in die Anmelderolle ein, verzeichnet die Zuweisung des Arbeiters an den Arbeitgeber und versteht die vorgelegte Bescheinigung mit einem entsprechenden Vermerk. Ein Arbeiter, der die Bescheinigung mit diesem Vermerk nicht zurückbringt, darf nicht in die Arbeit eingestellt werden. Der Arbeitsnachweis darf die Zuweisung eines nachweislich damit einverstandenen Arbeiters außerhalb der Reihenfolge, sowie die Eintragung eines vom Arbeitgeber gesandten Arbeiters in die Anmelderolle, seine Zuweisung an den Arbeitgeber und die entsprechende Vermerkung auf der Bescheinigung nur dann verweigern, wenn die vereinbarten Arbeitsbedingungen einen Verstoß gegen die Bestimmungen des — demnach abzuwickelnden — Tarifvertrages enthalten. II. Es tritt alsbald eine gemeinschaftliche Kommission der Arbeitgeber und Arbeiter zusammen, um über den Abschluß eines Tarifvertrages zu verhandeln und auch ein Arbeitsnachweisregulativ auszuarbeiten, dessen Bestimmungen mit den unter I. gegebenen Richtlinien nicht in Widerspruch stehen sollen. In betreff der Punkte, über welche eine Einigung nicht zustande kommt, soll das Gewerbegericht Hamburg als Einigungsamt angerufen werden.“ — Mit diesem Schiedsspruch sind die Arbeitgeber nicht einverstanden: sie wollen den Frieden nicht. In einer am Dienstagabend in Sagebiel's Etablissement abgehaltenen außerordentlichen Versammlung des Arbeitgeber-Schutzverbandes der Holzindustrie für Hamburg und Nachbargemeinden und der Tischlerinnungen von Hamburg-Altona und Wandsbek wurde einstimmig beschlossen, den Schiedsspruch des Einigungsamtes abzulehnen, da er in erster Linie die obligatorische Einführung des paritätischen Arbeitsnachweises vorsehe.

**Hamburg.** Raubanfall durch den eigenen Sohn. Vor acht Tagen entwendete der Sohn eines in einem Variete in St. Georg angestellten Kassierers K. aus der 2000 Mk. enthaltenen väterlichen Kasse 100 Mk. und fuhr damit nach Dresden. Dort verabredete der Sohn, ein zwanzigjähriger Gastwirtsgeselle, mit einem gleichaltrigen Klempnergesellen, seinem Vater nachts aufzulauern, ihn zu berauben und eventuell zu ermorden. Beide trafen am Sonntagabend nachmittags hier ein und der Komplotte mußte den „Alten“, der nach Dienstschluss noch in einer Wirtschaft in St. Georg einzufahren pflegte, in dem Lokal beobachten und dem draußen wartenden Kassierer Nachricht geben. Als der Kassierer K. dann zwischen 3 und 4 Uhr am Sonntag morgen sein Wohnhaus betrat, warfen im Hausflur die beiden Vurschen dem alten Manne eine Schlinge um den Hals, um ihn zu Boden zu reißen und zu berauben. Der überfallene war jedoch der Stärkere und versetzte beiden einen kräftigen Stoß vor die Brust, wodurch sie zurücktaumelten und die Schlinge losließen. Der Sohn lief sodann die Treppe hinauf und wurde durch sofort benachrichtigte Schutzleute festgenommen. Der Klempner entkam, wurde jedoch gegen 6 Uhr auf dem Hauptbahnhof beim Besteigen des Dresdener Zuges erkannt und verhaftet.

**Hamburg.** Eine blutige Eifersuchtstat hat sich am Montagabend in der Verghesstraße abgepielt. Dort wohnt die von ihrem Manne geschiedene Frau Wendt mit dem 27 Jahre alten Schuhmachergesellen Wenzel Ferdinand Böhmner zusammen. Am Montagabend lauerte Wendt seiner Frau auf, verfolgte sie in ihre jetzige Wohnung und versuchte sie zu überreden, wieder mit ihm in seine Wohnung zurückzugehen. Als er noch immer auf die Frau einredete, trat Böhmner, der von seiner Arbeit zurückkehrte, in die Wohnung. Voll Eifersucht zog W., der Tapzierergeselle ist, seine Papierschere aus der Tasche, spreizte sie und stach W. damit in den Hals und ins Gesicht. In der Notwehr zog W. sein Schuttermesser und verteidigte sich so gut wie er konnte. Inzwischen hatte Frau W. Schutzleute herbeigeholt, die die Männer trennten. Beide haben schwere Verletzungen davongetragen. W. wurde ins Krankenhaus St. Georg, W. ins Hafentrankenhaus transportiert. — „Sie sind ein ganz frecher Patron!“ Diese Worte sind, wenn von einem Gerichtsvorsteher einem Angeklagten gegenüber gebraucht, um eine Ungebühr zurückzuweisen, keine Beleidigung. Also entschied am Sonntagabend die Strafkammer V des Landgerichts Hamburg als Berufungsinstant, vor der sich der Amtsrichter Abendroth wegen Beleidigung eines Händlers M. zu verantworten hatte. Die angeklagte Ungebühr des M., der im September 1910 vor dem Forum des Herrn Abendroth in einer Einpruchssache (Übertretung der Straßenordnung) stand, soll darin liegen, daß er, als zwei Polizisten die Übertretung bekundeten, während seine Zeugen nicht befragt wurden, die Erklärung abgab: „Dann bekomme ich hier doch kein Recht.“ Mit diesen Worten erhebelte er jedenfalls nur die ihm ungünstige Prozeßlage charakterisieren, einen Vorwurf gegen das Gericht sollten sie nicht enthalten. Darauf ließ der Vorsitzende die eingangs erwähnten Worte fallen, um, wie er sagte, die Würde des Gerichts zu wahren.“ Von den ihm zu Gebote stehenden schärferen Mitteln habe er keinen Gebrauch machen wollen. Die erste Instanz sprach den Amtsrichter frei, weil es sich um eine auf der Stelle wiedergegebene Beleidigung handelte, die nach § 199 der Strafprozessordnung straflos sei. Gegen das Urteil legte W. Berufung ein. Er warf die Frage auf, was ihm wohl passiert wäre, wenn er die infrimierten Worte dem Vorsitzenden gegenüber gebraucht hätte? Das Gericht verwarf die Berufung als unbegründet. Der Privatkläger habe sich damals in einer ganz freien Weise betragen oder, wenn er sagte, er bekomme doch kein Recht. Wenn ein Gericht auch wohl nicht den Vorwurf der Rechtsbeugung machen wollen, so enthielten die Worte doch eine grobe Ungebühr vor Gericht. Amtsrichter M. habe nicht von den ihm zur Verfügung stehenden schärferen Mitteln der Ordnungszurechtgebrauch gemacht, sondern habe die mildere Form der Zurückweisung angewendet, so daß die Worte als Beleidigung nicht in Frage kämen. Wenn der Privatkläger am Schlusse der Verhandlung die Frage aufwarf, was ihm wohl passiert wäre, wenn er die Worte an den Vorsitzenden gerichtet hätte, so verkenne er völlig die Situation. Der Vorsitzende müsse für eine ordnungsgemäße

Abwicklung der Rechtsplege sorgen. Daß ein Angeklagter dem Vorliegenden gleichgestellt sei, davon könne im Ernste nicht gesprochen werden. — Also mit Ausnahme der Richterliste ist jeder vor dem Gesetz gleich. Es lebe die Gerechtigkeit!

**Altona.** Die ganze Reaktion. Aus Neumünster wird der bürgerlichen Presse geschrieben: „Oberbürgermeister Räder teilte in öffentlicher Sitzung mit, daß jetzt selbst in den Kreisen, die bisher auf energischste für die Erhaltung des bestehenden kommunalwählrechts eingetreten, dessen Abänderung herbeizuführen gesucht werde, weil man eingesehen, daß man damit auf die Dauer nicht gut fahre, denn es komme alsbald die Zeit, wo die Sozialdemokratie im Magistrat und Stadtverordnetenkollegium die Oberhand gewinne und das dürfe unter keinen Umständen sein, daher müsse das Dreiklassenwahlrecht eingeführt werden. Einflußreiche Kreise in Altona würden schon bald einen diesbezüglichen Antrag bei der Staatsregierung stellen. Aus der Mitte der Versammlung des Bürgervereins wurde betont, daß unter keinen Umständen bis auf weiteres die schleswig-holsteinische Städteordnung ausgeschaltet werden dürfe; die Bürger möchten nur zu ammenhalten, dann wäre die Furcht vor der Sozialdemokratie unbegründet.“ — Es deutet in der Tat eine ganze Reihe von Anzeichen darauf hin, daß hinter den Kulissen gearbeitet wird, um das schleswig-holsteinische Kommunalwahlrecht, das schlecht genug ist, mit dem Dreiklassenwahlrecht zu vertauschen. Eine ganze Reihe von Kommunalvereinen haben zu der Sache Stellung genommen und sich zumest für das schärfere Geldsachwahlrecht erklärt. Die Städteordnung von Schleswig-Holstein ist ja tatsächlich denen der alten Provinzen gegenüber liberal. Der Liberale Verein von Altona, der den Rechtsanwalt Walbstein als Landtags-Kandidaten aufstellte, welcher kürzlich im fernen Berlin an sein wahrheitsfreundliches Herz klopfte, hat dieser Tage folgende Resolution angenommen:

„Der Vorstand des Liberalen Vereins spricht sich gegen jede Erhöhung des Zensus für die städtischen Wahlen aus. Bei der jetzigen Zusammensetzung des Preussischen Landtages hält er überhaupt den Zeitpunkt für ungeeignet, eine Revision der schleswig-holsteinischen Städteordnung in Fluß zu bringen, zumal die einheitliche Regelung der Frage des geheimen Wahlrechts für ganz Preußen bereits von der Fraktion der Fortschrittlichen Volkspartei beantragt ist.“

Die Resolution sagt deutlich, daß der Liberale Verein für Wahlrechtsänderungen gern zu haben wäre, wenn die Sache billig gemacht würde. Aber freilich, wer in Preußen die Reaktion auf einem Spezialgebiete will, der muß die ganze Reaktion wollen.

**Wilhelmschaven.** Der Streik der Arbeiter bei den Hafengebäuden ist vor dem Gewerbegericht als Einigungsamt durch Vergleich beendet worden. Die Firma Dolmann erklärte sich zu einer sofortigen Erhöhung des Stundenlohnes um 5 Pfg. bereit. Die Einigungsverhandlungen zur Durchführung des Vertrages wurden auf später festgesetzt.

## Aus dem Gerichtssaal.

**Wegen Kindesmißhandlung** verurteilte das Amtsgericht Berlin-Schöneberg den Kutscher Martin Brückow zu neun Monaten Gefängnis. Der Angeklagte hat seinen dreijährigen Knaben in unmenslicher Weise mißhandelt. Wie sich im Krankenhaus, wohin das Kind geschickt werden mußte, herausstellte, befand es sich in einem Zustande, der ernste Besorgnisse für sein Leben aufkommen ließ. Der ganze Kopf war mit blutunterlaufenen Beulen bedeckt, so daß es den Ansehen hatte, als wenn der Angeklagte das Kind an den Beinen gepackt und mit dem Kopf auf dem Fußboden aufgeschlagen hätte. Außerdem waren dem Kinde drei Zähne frisch ausge schlagen. Der Angeklagte wurde sofort in Haft genommen.

**Singe vor der Justiz.** Der bekannte Arbeitswilligen-Hauptling Singe, der seine schätzenswerte Kraft überall zur Verfügung stellte, wo Arbeiter mit den Unternehmern im Kampfe standen, hat sich auch in Leipzig betätigt. Im Monat Mai 1910 rückte er dort mit seiner Kolonne ein, um den Kofferfabrikanten, deren Sattler streikten, Hilfe zu leisten. Als ein Streitposten der Kolonne zurief: „Hier wird gestreikt“, sprang Singe vom Wagen und brüllte den Posten an: „Sals Maul, Du Affe!“ Ein Kriminalbeamter hatte zunächst „keine Zeit“, den Namen des Beleidigers festzustellen, versprach dann aber, ihn dem Streitposten schriftlich mitzuteilen. Einen Tag später, als einige Singebrüder wieder abreisten, schrieb Singe auf dem Berliner Bahnhof einen Ausständigen, der vorher in Singe's Streitposten gestanden, jetzt aber seine Frau zur Bahn geleitet hatte, an: „Verfolgt Du mich immer noch, Du Lump! Bagabund, Haderlump verfluchter, ich bog Dir eine rin!“ Als der Sattler sich nach einem Schutzmännchen umschah, verfluchte Singe schleunigst in einer Drohsache. Wegen dieser Delikte hatte sich Singe, der als unehelicher Heerespflichtiger zum 3. ostpreussischen Grenadierregiment eingezogen wurde, vor dem Kriegsgericht der zweiten Division in Kastenburg zu verantworten. Er fand milde Richter, denn das Gericht verurteilte ihn wegen öffentlicher Beleidigung in zwei Fällen, begangen vor dem Diensteintritt zu 3 (drei) Mark und 5 (fünf) Mark Geldstrafe, event. je einen Tag Haft.

**Ein freipiertes Ferkel als Nahrungsmittel für die Gerechtigkeit.** Das Landgericht I in München hat am 17. März den Bauer Jakob Lechner wegen Vergehen gegen das Nahrungsmittelgesetz zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Im Oktober war ihm ein zehn Wochen altes Ferkel verwendet. Er brachte dem Kadaver noch einen großen Stuch am Halse bei, so daß es aussah, als ob das Tier geschlachtet sei. Erst am nächsten Tage wurde der Kadaver ausgenommen. In den nächsten Tagen ließ der Angeklagte zweimal das sehr stinkende Fleisch mit anderem Fleisch zusammenzubereiten und seinen Knechten vorsetzen. Diese ekelten sich aber vor dem das ganze Haus durchziehenden Gestank und verweigerten den Genuß des Fleisches. Durch das Zubereiten und das Vorsetzen des Fleisches hat der Angeklagte vorsätzlich ein, wie er mußte, gesundheitsgefährliches Nahrungsmittel in Verkehr gebracht. — Seine Revision mit der Begründung, es könne höchstens Versuch angenommen werden, wurde vom Reichsgericht verworfen.

Verantwortlich für die Kubrit, Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. bezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling, Verleger: E. H. Schmarz, Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

# Insertate

finden durch den „Lübecker Volksboten“ in den Kreisen des werktätigen Volkes weite Verbreitung und größte Beachtung. Wer auf Erfolg rechnet, inseriere im „Lübecker Volksboten“.

### Damen-Schnürstiefel

- braun Leinen, Derbyschnitt, leicht und elegant . . . . . 6<sup>50</sup>
- fein Chromleder mit Lackkappen, extra preiswert . . . . . 6<sup>50</sup>
- braun echt Chevreau ohne Konkurrenz . . . . . 6<sup>75</sup>
- braun echt Chevreau m. Lackkappen, oder schwarz Chromleder m. Lackkappen, Derbyschnitt, amer. Form u. Abs. 7<sup>50</sup>
- braun u. schwarz Chevreau, breite moderne Formen . . . . . 8<sup>50</sup>
- braun und schwarz Chevreau, od. schwarz Boxkall, mit und ohne Lackkappen, auch in Derbyschnitt, neueste Fassons und Absatzformen . . . . . 10<sup>50</sup>
- ff. braun u. schwarz Chevreau, schwarz Boxkall, m. u. ohne Lackkappen, auch in Derbyschnitt „Goodyear- Welt“-Ausführung . . . 16.50 14.50 12<sup>50</sup>

### Dam.-Mode-Halbschuhe

- schwarz und braun  
mit und ohne Lackkappen, auch in Derby-  
schnitt, in reizenden Formen
- 12.50 10.50 8.50 7.50 6.75 5<sup>90</sup>
- braun u. schwarz Chevreau mit eleg. Stoffeinsätzen, letzte Neuheit 7<sup>50</sup>

- Tennisschuhe u. Stiefel — Turnschuhe  
Reform-Sandalen — Reiseschuhe —  
Spangenschuhe — Hausschuhe —  
. . . Pantoffel . . .

# Millionen tragen unsere

mit Marke „Condor“ geschützten

unvergleichlich preiswerten Schuhwaren!



„Lackleder-Qualitäten“  
„Neueste Modelformen“

„Größte Leistungsfähigkeit  
durch direkten Verkauf“

Kinder-Stiefelchen braun u. schwarz entzückende Neuheiten!

### Herren-Schnürstiefel

- fein Boxleder oder Chromleder-Lackkappen, mod. breite u. schlanke Fassons 7<sup>50</sup>
- braun echt Chevreau, hervorragend preiswert . . . . . 8<sup>50</sup>
- braun Chevreau mit Lackkappen, elegante Paßform . . . . . 9<sup>50</sup>
- schwarz Chevreau, mit und ohne Lackkappen, moderne Ausstattung . . . . . 10<sup>50</sup>
- braun Chevreau, Derbyschnitt, aparte schlanke Fasson, oder schwarz Boxkall, elegant und solide 10<sup>90</sup>
- ff. braun u. schwarz Chevreau od. Boxkall, mit u. ohne Lackkappen, auch in Derbyschnitt, „Goodyear- Welt“-Ausführung . . . 16.50 14.50 12<sup>50</sup>

### Condor-Patent

Herren-Schnürstiefel — ohne zu schnüren  
D. R. P. 171200  
in den beliebtesten Lederarten und Farben  
zu 11<sup>50</sup> 14<sup>50</sup> 16<sup>50</sup>

### Mädchen- u. Knabenstiefel

- braun echt Ziegenleder
- Gr. 25-26 3<sup>70</sup> 27-30 4<sup>50</sup> 31-35 5<sup>20</sup>
- fein Boxleder, elegante breite Formen  
Gr. 25-26 27-28 29-30 31-33 34-35  
4<sup>30</sup> 4<sup>60</sup> 4<sup>90</sup> 5<sup>30</sup> 5<sup>70</sup>
- braun echt Chevreau, mod. breite Form  
Gr. 25-26 27-28 29-30 31-33 34-35 36-38  
4<sup>75</sup> 5<sup>25</sup> 5<sup>75</sup> 6<sup>25</sup> 6<sup>75</sup> 7<sup>50</sup>  
mit Lackkappen 50 Pfg. mehr.

# Conrad Tack & Cie.

Verkaufshaus Lübeck:  
Breite Straße 47.

Schuhfabrik BURG b. M. — 125 eigene Filialen.

## Achtung! Deutscher Bauarbeiter-Verband

Zweigverein Lübeck.

Am Sonntag, 28. Mai, von vorm. 10 bis 2 Uhr,

finden die Wahlen zum Gewerkschaftskongress in folgenden Wahllokalen statt:

- Stadt und Vorstädte Johannisstr. 52, Gewerkschaftshaus.
- Moisting bei Herrn Hoyer, Gasthof zur Post.
- Fachsenburg bei Herrn Pätau.
- Travemünde bei Herrn Dortmund.
- Schlutup bei Herrn Saborowski, Gasthof zur Linde.
- Palingen beim Kollegen W. Tevs.
- Herrnburg beim Kollegen H. Bohnhoff.

Es ist Pflicht aller Kollegen, sich an der Wahl zu beteiligen.

Der Zweigvereinsvorstand.

NB. Die Stimmzettel werden in den Wahllokalen verabfolgt, auch müssen die Verbandsbücher mitgebracht werden.

## Konzerthaus „Flora“.

Am Himmelfahrtstag:

### Tanzkränzchen.

Anfang 4 Uhr. Eintritt frei. Ende 2 Uhr.

## Gewerkschaftshaus Lübeck.

Johannisstraße 50-52.

Donnerstag, den 25. Mai, (Himmelfahrtstag):

### Großes Tanzkränzchen.

Anfang 6 Uhr. Eintritt frei.

## Waisen-Hof. Morgen: TANZ.

## Einsegel

Am Himmelfahrtstage:  
Tanzkränzchen.  
F. Jenkel.

Louisenlust.  
Am Himmelfahrtstage:  
Tanzkränzchen.  
Anfang 4 Uhr. Johs. Benn.

Adlershorst.  
Tanzkränzchen  
Zum Ringreiten

am Himmelfahrtstage  
ladet freundlichst ein  
W. Meier, Grempeisdorf.  
Restaurant zum Landhaus  
Schönböken.

Donnerstag, 25. Mai (Himmelfahrt)  
Große Tanzmusik.  
Anfang 4 Uhr.  
Dazu ladet fröhlich ein Aug. Kost.  
Stadthallentheater.  
Donnerstag, 7<sup>1/2</sup> Uhr. 5. Ab.-Vorst.  
Sein Doppelgänger.

Schwant in 3 Akten v. Demme  
u. Demal. Deutsch v. Jacobsohn.  
Freitag 8 Uhr. 6. Ab.-Vorst.  
Zum 4. Male:  
Sommerspuk.  
Sonnabend: 1. vollständ. Vorstellung.

## Zum roten Löwen

Am Himmelfahrtstage:

### Grosses Ringreiten.

Dazu ladet freundlichst ein

W. Mühr und die Reiter.

Donnerstag, den 25. Mai, (Himmelfahrtstag):

## Sonderfahrt mit Musik

ab Drehbrücke nach Schwartau, morgens 7 Uhr mit  
Dampfer „Cleverbrück“ und „Fortuna“  
Nach Ankunft in Schwartau:

Freikonzert im Restaurant Waldschlößchen.

Neue Hafenfähre, G. m. b. H.

## Wakenitz-Bellevue.

Am Himmelfahrtstag, Donnerstag, den 25. Mai:

### Segel-Regatta.

Start und Ziel: Wakenitz-Bellevue. Während und nach  
der Regatta in meinem der Neuzeit entsprechend neu angelegten  
Konzert-Garten

Grosses Konzert  
ausgeführt von der Damen-Kapelle „Fidelitas“. Im Saal großes  
Tanzkränzchen.  
Musik: Stadt-Kapelle.

H. Fürbötter.

## Die Reichsversicherungsordnung im Plenum des Reichstages.

XI.

Das letzte Buch regelt das Verfahren. Obgleich gerade auf diesem Gebiete sehr viel Mißstände bestehen, stimmten die Kompromißparteien auch hier alle sozialdemokratischen Anträge nieder, die das Verfahren so gestalten wollten, daß die armen, der Unterstützung bedürftigen Arbeiter auch wirklich zu ihrem Rechte kommen könnten.

Am der Unfalluntersuchung können die Beistellenden, die rechtzeitig vom Zeitpunkt der Untersuchung benachrichtigt werden müssen, teilnehmen. Die Berufsgenossenschaft kann ihre Vertreter dazu entsenden. Der Verletzte oder seine Hinterbliebenen können erwachsene Angehörige oder andere geeignete Personen als Beistand zu den Verhandlungen zuziehen, jedoch sind davon diejenigen Personen ausgeschlossen, die das Verhandeln vor Behörden geschäftsmäßig betreiben. Hierunter fallen nach der Rechtsprechung auch die Arbeitersekretäre und Gewerkschaftsbeamten.

Die Sozialdemokraten beantragten, diese schwere Schädigung der Arbeiter, denen gerade die sachkundigsten Berater entzogen werden sollen, zu streichen:

Abgelehnt von den Kompromißparteien.

Die Ortspolizeibehörde stellt den Sachverhalt bezüglich der Betriebsunfälle fest. Auf Antrag der Berufsgenossenschaften oder des Verunglückten oder seiner Angehörigen können Sachverständige zugezogen werden. Die Kosten dafür trägt derjenige, der die Zuziehung von Sachverständigen verlangt.

Die Sozialdemokraten beantragten, daß mit diesen Kosten nicht die armen verunglückten Arbeiter belastet, sondern daß die Berufsgenossenschaften zur Zahlung dieser Kosten verpflichtet werden:

Abgelehnt von den Kompromißparteien.

Zeugen und Sachverständige werden bei diesem Verfahren durch die Gerichte vereidigt und zwar nur dann, wenn die Berufsgenossenschaften dies für notwendig halten, um eine wahre Aussage herbeizuführen.

Die Sozialdemokraten beantragten, daß die Entscheidung, ob eine Vereidigung notwendig ist oder nicht, nicht den Berufsgenossenschaften, sondern dem Richter überlassen wird; damit die verunglückten Arbeiter und deren Angehörige unnötige Vereidigungen vermeiden und die von ihrem Standpunkte aus notwendige Vereidigung von Zeugen und Sachverständigen erreichen können:

Abgelehnt von den Kompromißparteien.

Gegen den vorläufigen Bescheid der Berufsgenossenschaften bezüglich der zu gewährenden vorläufigen Unterstützung an die Verunglückten oder deren Angehörige kann Einspruch erhoben werden. In diesem Falle muß der Berechtigte persönlich über seinen Anspruch gehört werden und zwar entweder vor dem Versicherungsamt oder vor dem Vorstand der Berufsgenossenschaft.

Die Sozialdemokraten beantragten, daß der Berechtigte unter allen Umständen vor dem Versicherungsamt gehört werde.

Abgelehnt von den Kompromißparteien.

Findet die Vernehmung vor dem Versicherungsamt statt, so kann das Versicherungsamt sich zu der Sache äußern.

Die Sozialdemokraten beantragten, daß nach dem Abschluß der Ermittlungen das Versicherungsamt in mündlicher Verhandlung unter Hinzuziehung von je zwei Vertretern der Arbeitgeber und der Versicherten über den Anspruch des Berechtigten auf die Unfallunterstützung entscheidet.

Abgelehnt von den Kompromißparteien.

Wenn eine Dauerrente festgestellt werden soll, dann muß vor dem Versicherungsamt eine mündliche Verhandlung stattfinden. Die Genossenschaft kann sich dabei durch einen Vertrauensmann oder ein Vorstandsmitglied vertreten lassen. Der Verunglückte oder seine Angehörigen dagegen können erwachsene Angehörige oder andere geeignete Personen als Beistand zur Verhandlung zuziehen. Die Vertreter der Genossenschaft und der Beistand des Berechtigten dürfen nicht zu solchen Personen gehören, welche das Verhandeln vor Behörden geschäftsmäßig betreiben.

Die Sozialdemokraten beantragten, daß der Verunglückte oder seine Angehörigen sich durch jeden vertreten lassen könnten, den sie dazu für geeignet halten, also auch durch Arbeitersekretäre oder Gewerkschaftsbeamte:

Abgelehnt von den Kompromißparteien.

In dem Spruchverfahren vor dem Versicherungsamt, Oberversicherungsamt und Reichsversicherungsamt entscheidet der Vorsitzende darüber, ob ein ärztliches Gutachten eingeholt wird oder nicht. Verlangt der Verunglückte oder seine Hinterbliebenen ein ärztliches Gutachten und hält der Vorsitzende ein solches nicht für unbedingt notwendig, so kann er dem Verunglückten oder seinen Angehörigen die Deckung der Kosten auferlegen.

Die Sozialdemokraten wollten aber dem Verunglückten und seinen Angehörigen in allen Instanzen das Recht sichern, daß auf ihr Verlangen ein Gutachten von dem von ihnen bezeichneten Arzt eingeholt wird, falls sie bereit sind, die Kosten in den Fällen zu tragen, in denen sich das Gutachten als nicht notwendig erwiesen hat:

Abgelehnt von den Kompromißparteien.

Der Vorsitzende des Versicherungsamtes hat die Befugnis, eine Vorentscheidung ohne mündliche Verhandlung abzugeben.

Die Sozialdemokraten beantragten, diese für die Versicherten sehr gefährliche Bestimmung zu streichen:

Abgelehnt von den Kompromißparteien.

In gewissen Fällen kann der Vorsitzende in mündlicher Verhandlung allein entscheiden. Auch dieses Verfahren ist geeignet, die Arbeiter zu schädigen und deshalb beantragten die Sozialdemokraten die Streichung:

Abgelehnt von den Kompromißparteien.

Das Versicherungsamt kann Bevollmächtigte und Beistände zurückweisen, die das Verhandeln vor Behörden geschäftsmäßig betreiben, also auch Arbeitersekretäre und Gewerkschaftsbeamte. Diese Personen müssen ausdrücklich zur Vertretung vor den Versicherungsämtern, Oberversicherungsamt und Reichsversicherungsamt zugelassen werden.

Die Sozialdemokraten beantragten, daß die Arbeiter-

sekretäre und Gewerkschaftsbeamte ohne weiteres berechtigt sein sollten, vor den Versicherungsbehörden als Vertreter der Arbeiter aufzutreten:

Abgelehnt von den Kompromißparteien.

In Sachen der Unfallversicherung ist für die Zuständigkeit des Oberversicherungsamtes nicht, „wie sonst“, der Wohnsitz der Verunglückten, sondern der Heimatsort desjenigen Fahrzeuges oder desjenigen Betriebes maßgebend, an dem sich der Unfall ereignet. Diese schwere Befähigung der verunglückten Seeleute, die nicht in diesem Bezirk wohnen, wollten die Sozialdemokraten gestrichen haben:

Abgelehnt von den Kompromißparteien.

In den meisten Unfallversicherungen ist der Rekurs an das Reichsversicherungsamt befristet worden, sodaß das Oberversicherungsamt als letzte Instanz entscheidet.

Die Sozialdemokraten beantragten, daß diese sehr bedenkliche Verschlechterung gestrichen wird:

Abgelehnt von den Kompromißparteien.

## Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten“

Berlin, den 23. Mai 1911.

182. Sitzung, Mittags 12 Uhr.

Im Bundesratsstiche: Reichskanzler von Bethmann-Hollweg, Staatssekretär Delbrück, Staatssekretär Zorn von Bulach.

### Die Elsaß-Lothringische Verfassung.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Lesung der Verfassung Elsaß-Lothringens.

Dr. Wagner (Saar): Ich habe zunächst namentliche Abstimmung über Absatz 3 des Artikel I zu beantragen, der die Bestimmung über die Bundesratsstimmen enthält. Einige Gründe hindern unsere an positives Zusammenarbeiten mit der Regierung gewöhnte Partei, in dieser Frage mit der Regierung zu stimmen. Eine direkte Ausnahmebestimmung gegen Preußen kann unsere Zustimmung nicht finden. (Sehr richtig! h. d. Konf.) Wir sind die Hüter der Reichsverfassung, indem wir die Vorlage ablehnen. (Lebh. Beifall h. d. Konf.)

Reichskanzler von Bethmann-Hollweg: Ich habe von vornherein den Widerspruch von rechts erwartet. Ohne Zweifel liegt eine Inkongruenz in der Bestimmung über die Bundesratsstimmen. Aber diese Inkongruenz wiegt weniger schwer, als die Möglichkeit für die Reichsstände, ihre Landesinteressen gleich den übrigen Staaten im Bundesrate zu vertreten. Wenn wir das Gefühl der Zurücksetzung befürchten, wenden wir den Gegnern der Verschmelzung Elsaß-Lothringens mit dem Reiche eine wichtige Waffe aus der Hand. Es handelt sich nur um wenige Fälle, in denen der preussische Einfluß im Bundesstaat Einbuße erleiden könnte. Preußens bedeutende Stellung in Deutschland wird dadurch nicht gefährdet. Um der deutschen Einheit halber haben alle Bundesstaaten, Preußen voran, Opfer gebracht. — Man wüßte den verbündeten Regierungen vor, zu weitgehende Konzessionen gemacht zu haben. Konzessionen werden immer nur verurteilt, wenn sie einem selbst unangenehm sind. (Sehr wahr! links.) Es handelt sich stets um die Frage: Ist der Gewinn das Opfer, den Elsaß, wert? Und diese Frage ist zu bejahen. Wie kann geglaubt werden, daß durch die Bundesratsstimmen die Verbindung der Reichsstände mit dem Reiche gelockert werde? Wie kann man sagen, daß Elsaß-Lothringen nicht reif für ein verfassungsmäßiges Eigenleben ist, da es doch seit 1879 die Organe selbständiger Gesetzgebung und Verwaltung besitzt? Freilich

## Die Vagabunden.

Von Karl v. Holtel.

(63. Fortsetzung.)

Er wendete sich also zeitweise von der Nähe ab und suchte sich in Betrachtung des versammelten, aufmerksamen Publikums eigene Aufmerksamkeit und Sammlung zu verschaffen. Doch das half ihm nichts, perschnürrte im Gegenteil die Sache. Je öfter seine Augen über die mit schön gepuderten Damen angefüllten Balkons glitten, desto deutlicher stieg das Bildenauer Herrenhaus samt Wilderweinlaube vor ihm auf. Durch angelegentlich Prüfung dessen, was bei dieser Vision in ihm vorging, geriet er endlich auf die wunderliche Mutmaßung, sie sei entschieden an einen bestimmten Platz des großen Schauspielhauses geknüpft. Gerade wenn sein Blick an diesem hing, regten die heimlichen Erinnerungen sich am unverkennbarsten. Es dauerte lange, bis ihm der Einsinn kam, die Personen zu mustern, welche sich an jenem Plage befanden. Er sah einen Herrn mit Brillengläsern, der ihm völlig fremd schien! an dessen Seite ein Frauenzimmer, von dem, wie man sich bisweilen ausdrückt, er durchaus nicht wußte, wohin er es bringen sollte. Daß ihm diese Dame bekannt vorkomme, war keine Frage. Doch wo konnte er sie kennen gelernt haben? Hier in Paris gewiß nicht. Und sonst? Die Zahl seiner weiblichen Bekanntschaften war unendlich gering, Name für Name im Augenblick genannt.

„Nein, es ist ein Irrtum. Ich kenne sie nicht! Und dennoch ist sie es, sie ganz allein, deren Anblick, noch ehe und bevor ich mit seiner Klar bewußt wurde, diesen ahnungsreichen Eindruck auf mich hervorgebracht! — Und jetzt fixiert sie mich! — Sie richtet ihren Operngucker, — sie reißt die Gläser mit dem Luche, mich deutlicher zu erkennen, — sie versucht mir anzudeuten, daß sie mich begrüßen möchte, wenn die Nähe ihres Begleiters sie nicht daran verhindern. — Bin ich denn ein Narr? — Träume ich das? — Ist es Dittie? Ist es Laura? Ist es Adele? Ist es Käthchen? — Nein, keine von allen! Ja, mein Gott, wer ist das Weib?“

Das rätselhafte Paar erhob sich nach Beendigung der Tragödie. Anton konnte den Wink, der ihn ebenfalls gehen ließ, wie vorsichtig man ihn auch zu geben genötigt war, doch nicht verkennen. Auch befolgte er ihn gehorham, in neugieriger Ungebild brennend. Unbekannt aber mit den verschiedenen Ausgängen und Türen des Hauses zögerte er hin und herlaufend so lange, daß die beabsichtigte nähere

Begegnung verfehlt wurde. Er mußte, ohne eine Entdeckung gemacht zu haben, das Lager suchen, auf welchem der Schlaf ihn nicht suchte. Dennoch stand er mit dem nächsten Morgen müdiger, lebenslustiger auf, als seither. Der Wunsch, zu erfahren, wer und was die Unbekannte sei, welchen Teil sie an ihm nehme, wozu sie von ihm wisse, und die mögliche Wahrscheinlichkeit, dieses Wunsches Erfüllung zu erreichen, zeigten ihm Paris, weil er nun irgend einen Endzweck seines Aufenthaltes gefunden zu haben dachte, auf einmal in günstigerem Lichte, machten ihm seine Existenz erträglicher. Jede Stunde günstigen Wetters benutzend, trieb er sich auf Promenaden, in Gassen und Theatern umher, wurde zum „Flaneur“ im weitesten Sinne des Wortes, ohne des Wortes Bedeutung und Anwendung zu kennen. Die Boulevards von einem Ende ihrer Ausdehnung bis zum anderen schienen ihm besonders geeignet für die Erreichung seiner Absicht. Der stete Wechsel, den ihr bewegtes Treiben, ihr unermüdlicher Verkehr darbietet, unterhielt ihn zugleich und half ihm viele Stunden langweilig vergehenden Trachtens und Harrens abkürzen. Deshalb verging ein Tag um den anderen, ohne daß ihm die Hoffnung ausging. Was neben ihm her lärmte, tobte, scherzte, fluchte, gaukelte, zog ihn, ohne daß er es selbst bemerkte, von der eigentlichen Ursache seines Umhertreibens ab. Während er einem Ziele zuweilen währte, rückte dieses ihm täglich ferner; im Verlaufe einiger Wochen war es fast vergessen; Anton jedoch schon so sehr daran gewöhnt, Straßenpflaster zu treten, daß sein kleines Stübchen ihn nur bei Nacht empfing, und daß von Beschäftigung bei Büchern, mit der Feder oder auf der Violine gar nicht mehr die Rede war. Die natürliche, unausbleibliche Folge des Müßigganges stellte sich auch hier bei ihm ein, der bisher ein mehr innerliches Dasein geführt und in seinem Bestreben nach geistiger Entwicklung Schutz gefunden vor unzähligen Verirrungen, denen ein junger Mann sonst nirgend entgeht. Die Rettung dafür fand sich bereits. Noch fehlte nur schlechte Gesellschaft, verführerischer Umgang, und Anton stand am Rande des Sumpfes, worin gar manche edle Natur untergegangen. Fürs erste hielt ihn noch die Dürftigkeit seiner Lage zurück, die Sparsamkeit, wozu der kleine Geldvorrat, den er überraschend schnell sich erschöpfen sah, ihn verpflichtete; der gänzliche Mangel an Aussichten für irgend einen künftigen Erwerb. Jeden Abend sagte er sich's mit eindringlicher Mahnung, daß notwendig etwas versucht, ergriffen werden müsse. Jeden Vormittag schaute ihn die Befürchtung zurück, daß an den ersten Schritt, welchen er für den Zweck der Selbsterhaltung wagen wolle, gar zu leicht Nachfragen sich drängen könnten, die zur Enthüllung seiner

bedenklichen Baskeschichte führten. Dann tröstete er sich mit dem leidigen: Morgen, morgen, nur nicht heute! Das war denn immer die Lösung zu abermaligem Nichtstun und Verschleudern eines kostbaren Tages.

Bei seinen Spaziergängen war ihm unter anderen ein alter Geiger aufgefallen, der täglich, an der nämlichen Stelle sitzend, auf einer besseren Geige, als derlei Bettelmusikanten zu besitzen pflegen, von früh bis in die Nacht ununterbrochen ein und dasselbe Stückchen aufspielte. Neben ihm stand ein Gut für milde Gaben bereit, doch selten lagen mehrere kleine Münzen darin. Und doch war der Geiz ehrwürdig anzuschauen. Anton verfehlte niemals, ihn zu besichtigen, wenn er an ihm vorüberging, sah aber jedesmal mit Bedauern, daß er fast der einzige sei, der sich um den weißlockigen Unglücklichen bekümmerte. Desto mehr erstaunte er, als er eines schönen Tages bei hellem Wetter einen großen, dicht gedrängten Kreis von Menschen aller Stände um seinen Schützling versammelt fand und schon von welch lautem Zeichen beifälligen Anteils vernahm, die doch unmöglich dem unreinen Spiele des Bettlers gelten konnten. Er drängte sich auch hinzu und vernahm von den Umstehenden, vor einigen Minuten sei ein eleganter Herr mit einer schön gekleideten Dame des Weges gekommen, habe erst mit dem Geize geredet, sodann dessen Violine ergriffen und spiele nun auf dieser wunderliche Sachen, so daß sich bald ein zahlreiches Publikum gesammelt. Die schöne Dame gehe mit dem Gute des Alten herum und erbitte Gaben für ihn.

Voll Teilnahme für diese geniale Idee eines Künstlers suchte Anton sich letzterem zu nähern, machte sich mühsam Raum, und als er den Spielenden ins Auge fassen konnte, schrie er laut auf, denn Carino stand vor ihm. Dieser, den Ausruf und seinen Namen hörend, blickte, ohne das Spiel zu unterbrechen, den jungen Fremden stumm an, in dem er augenblicklich den Liebenauer Korbmacherjungen unmöglich erraten konnte! Vielmehr verriet sein Gesicht deutlich, daß er nachsinne, und er schüttelte sodann den Kopf, um anzudeuten, er wisse wirklich nicht, wer ihn angerufen! Anton wollte nur den Schluß des Musikstückes abwarten, um dann weiter vorzubringen und sich zu erkennen zu geben. Doch ehe dies noch erfolgte, war die einfallende Dame mit dem Gute des Bettlers in seine Nähe getreten. Sie vermochte kaum den von Kupfer- und Silbermünzen beschwerten Hut zu halten. Anton ließ auch seine bescheidene Gabe hineinfallen, wobei er die Dame anblickte und bemerkte, daß sie ihn schon vorher auf eine fast zudringliche Weise anstarrte, als ob sie ihn mit ihren Augen verschlingen wolle, so daß er beschämt die

haften dem elsass-lothringischen Staatsleben in seiner jetzigen Form Mängel an, die beseitigt werden müssen und nach meiner Meinung schon längst hätten beseitigt werden müssen. (Hört, hört! b. d. Soz. und Weisfall links.) Wir errichten kein neues Haus, sondern wir richten nur ein vorhandenes Haus wohnlicher ein. Was das Wahlrecht betrifft, so können wir nach Elsaß-Lothringen kein fremdes Wahlrecht importieren. Ich sehe durchaus nicht alle Änderungen der Kommission an dem Wahlrecht als Verbesserungen an. Vielleicht wäre es möglich gewesen, manches anders zu fassen, wenn nicht die Konservativen in der Kommission von vornherein passiv zur Seite gestanden hätten. — Seit Jahrzehnten ist die Fortbildung der elsass-lothringischen Verfassung von dem weit überwiegenden Teil dieses Hauses gefordert worden. Reichsländer, die über jeden Verdacht reichsfeindlicher Gesinnung erhaben waren, bezeichneten das Gefühl, als Deutsche zweiter Klasse behandelt zu werden, als das schlimmste Hindernis der Entfaltung Elsaß-Lothringens. Es ist besser, die Verantwortung der Änderung zu tragen, als erkannten Mängeln gegenüber die Hände in den Schoß zu legen. (Sehr wahr! links.) Es wird der Regierung zum Vorwurf gemacht, daß die Sozialdemokratie für die Vorlage stimmen will. Ein rechtssteheendes Blatt hat sogar von der Morgengabe der Sozialdemokratie an den deutschen Kaiser gesprochen. Ich kann weder den Konservativen befehlen für die Vorlage zu stimmen, noch den Sozialdemokraten dagegen zu stimmen und kann doch nicht die Vorlage zurückziehen, weil die Sozialdemokraten für sie zu stimmen beabsichtigen. Das widerspräche doch gerade dem konservativen Ideal einer starken und nach allen Seiten unabhängigen Regierung. Der Weg, den die Kommissionsverhandlungen gegangen sind, ist ungewöhnlich bornig gewesen. Wir alle werden doch die volle Entfaltung Elsaß-Lothringens wünschen. Sie ist das sicherste Mittel seiner Verschmelzung mit dem Reich. Durch Vertrauen werden wir auch jetzt vorwärtskommen. (Weisfall. Der Reichskanzler verläßt den Saal.)

**Vöhlle (SD):** Schon in erster Lesung habe ich auf die schweren Nachteile der

#### fehlenden Bundesratsstimmen

für Elsaß-Lothringen hingewiesen. Im Artikel I bringt die Kommissionsfassung Verbesserungen gegenüber der Regierungsvorlage. Die preußischen Junker freilich lassen die geringen Zugeständnisse durch einen sächsischen Richter bekämpfen. Dieser Gesellschaft geht jedes Verständnis für sie Rechte und Wünsche der elsass-lothringischen Bevölkerung ab. Auseinandersetzungen mit diesen Menschen sind völlig überflüssig. (Sehr wahr! links.) Wir haben in der Kommission die Wünsche der großen Mehrzahl der elsass-lothringischen Bevölkerung nach einem

#### wahrhaft autonomen Staatswesen

zum Ausdruck gebracht. Nachdem sämtliche bürgerlichen Parteien unsere Anträge abgelehnt haben, wiederholen wir im Plenum nicht wieder. Wir akzeptieren die Verbesserungen im Art. I als

#### Abstimmungsanzahl.

Der Regierungskartennuß aus dem verfahrenen Sumpf herauskommen und der Rotabelnherrschaft in Elsaß-Lothringen muß ein Ende bereitet werden. Die Vorlage soll den Anfang zu einer vernünftigen Verfassung in Elsaß-Lothringen bieten und wir stimmen ihr deshalb zu. (Lebh. Weisfall bei den Soz.)

**Schäudler (Z.):** Was die Konservativen an der Vorlage bekämpfen, ist für uns das erfreuliche: Wir begrüßen die Gewährung der Bundesratsstimmen als eine Etappe auf dem Wege zum Bundesstaat. Daß Preußen nicht gern Konzessionen macht, wissen wir. Um so freudiger sehen wir den jetzigen Konzessionen entgegen. Gleich Herrn Vöhlle begrüßen wir die Vorlage als einen Anfang zur Besserung und wir sehen auch in der Zustimmung der Sozialdemokratie zu dieser Vorlage einen Anfang von ihrer Besserung. (Weiterkeit und Bravo! im Zentr.)

**Bassermann (SD):** Wir freuen uns des schließlich positiven Ergebnisses der Kommissionsverhandlung. Wo veraltete Verfassungen und Wahlrechtsformen die Entwicklung des Volkes einengen, machen sich Störungprozesse geltend. Möge Elsaß-Lothringen in die Hand einschlagen, die ihm geboten wird. (Bravo! b. d. Liberalen.)

**Dr. Müller (Z.):** Meinungen (ZPpt.): Der kleinliche Fraktionsstandpunkt darf bei dieser Vorlage nicht ausschlaggebend sein. Bei diesem nationalen Werk haben alle zustimmenden Parteien Opfer zu bringen. Aus kleinlichem preußischen Partikularismus und aus Furcht vor dem allgemeinen Wahlrecht sind die Konservativen zu Bundesgenossen der ärgsten Nationalisten in Elsaß-Lothringen geworden. Hoffentlich geht nicht der Wunsch des Grafen Wedell in Erfüllung, daß die Konservativen über die Wünsche dieser Vorlage hinweg dem Reichskanzler die Freundschaft reichen. (Bravo! links.)

**von Tirken (Kpt.):** Trotz schwerer Bedenken und trotz unseres Bedauerns über die Verbeugung vor der Sozialdemokratie, die in dem Verzicht auf die Pluralstimmen liegt, stimmt ein großer Teil unserer Fraktion der Vorlage zu.

**Graf Rudzewo Wielcinski (Pole):** Wir stimmen der Vorlage zu, allerdings nicht dem Sprachenpara-

graphen, der evtl. die Vorlage für uns unannehmbar macht, obwohl wir ihren Grundgedanken billigen. Die Regierung sollte Energie gegen die preußischen Scharfmacher zeigen. (Bravo! bei den Polen und Soz.)

**Graef (W.):** Diese Vorlage, die gescheitert wäre, wenn nicht Frank-Mannheim als rettender Engel erschienen wäre, ist ein Ausnahmegesetz gegen Preußen.

**Hauß (Gl.):** Wir stimmen mit den Konservativen für die Streichung des Absatz 3 im Artikel 1. Wir sind Gegner aller Ausnahmegeetze, also auch eines Ausnahmegeetzes gegen Preußen. (Weiterkeit.) Wir wollen einen völlig autonomen Bundesstaat. Diese Vorlage gewährt nicht einen solchen und daher wird sie Unzufriedenheit in den Herzen der Elsässer zurücklassen. Die Bundesratsstimmen haben für Elsaß-Lothringen keinen Wert, solange der Statthalter sie nach dem Willen des Kaisers instruiert. — Redner beantragte sodann, daß der Statthalter selbständig die Beamten in Elsaß-Lothringen ernennen soll.

**von Oldenburg-Januschau (K.):** In dieser bedeutsamen Stunde muß auch ein preussischer Konservativer sprechen. Ich bedauere es, Herr Reichskanzler, daß Sie in der Frage der Bundesratsstimmen so vollkommen mit uns aus der Fühlung gekommen sind. (Lautes Lachen links.) Wir erblicken in dieser Sache einen Schlag gegen die Ehre und das Ansehen Preußens. (Weiterkeit links und vereinzeltes Bravo rechts.) Das auszusprechen ist meine bittere Pflicht und Schuldigkeit. Einer der Herren Nachfolger Bismarcks (Sturm. Gelächter links) begibt sich auf den Weg der Ausnahmegegebung gegen Preußen. Große Nachgiebigkeit hat noch nie dem Vaterlande genügt vom kaudinischen Joch bis Olmütz. (Lachen links.) Den Konservativen wird es oft sehr schwer gemacht, die Regierung zu unterstützen. Herr v. Rheinbaben hat erst eine glänzende Rede gegen die Erweiterung der Erbschaftsteuer und dann eine ebenso glänzende dafür gehalten. (Große Heiterkeit.) Hätte ich gewußt, daß die zweite Erbschaftsteuervorlage gekommen wäre, so hätte ich 1906 nicht für die erste gestimmt. Und ich hätte nicht für die kleine preussische Wahlreform gestimmt, durch die sechs Sozialdemokraten ins preussische Abgeordnetenhaus gebracht sind. (Weiterkeit bei den Soz.) Wenn ich gewußt hätte, daß nachher sogar die feierliche Thronrede eine neue Wahlreform ankündigte. Wer noch vor 8 Tagen wie ein Winkelfried die Speere auf sich gelenkt hat und die Regierung im Kampfe gegen die Sozialdemokratie unterstützt hat, der kann nicht die Zustimmung zu dieser Vorlage geben, die nicht zustande kommen kann ohne die Hilfe der Sozialdemokratie. (Rufe links: Es geht eben auch ohne Konservative!) Solange noch die kaiserliche Fahne auf dem Schloß von Berlin weht, können wir nicht über das Maß der Macht des deutschen Kaisers in Elsaß-Lothringen oder über die elsass-lothringischen Stimmen im Bundesrat verhandeln mit der Sozialdemokratie. (Lautes Lachen links, wiederholter Weisfall rechts.)

**Reichskanzler von Bethmann-Hollweg:** Wir haben die kaiserlichen Rechte in der Vorlage hoch gehalten, verteidigt bis zu Ende. Der Redner hat vom kaudinischen Joch und von Olmütz gesprochen. Aber die Stellung Preußens hängt nicht ab von der Zahl seiner Stimmen im Bundesrat, sondern von der Haltung, die Preußen bei der Führung der deutschen Geschichte einnimmt. Die Konservativen wollen auf dem Standpunkt von 1879 stehen bleiben. Ich halte es für notwendig, einen Schritt vorwärts zu machen. Die Zukunft wird lehren, ob diejenigen recht haben, die still stehen wollen, oder die, welche vorwärts gehen. Ich wüßte nicht, inwieweit ein entschlossenes Vorwärtsgelien im Widerspruch stehen sollte mit den altpreussischen Traditionen. (Lebh. Weisfall links und im Zentrum.)

**Staatssekretär Dr. Seibert:** Eine endgültige Erklärung über das Alterswahlrecht kann ich noch nicht abgeben. Doch kann ich schon das eine sagen, daß die verbündeten Regierungen nicht eine ihnen sonst genehme Vorlage an dem einen Punkte der Beseitigung des Pluralwahlrechts scheitern lassen werden. Allerdings habe ich mich in erster Lesung gegen die Verichtung von Bundesratsstimmen an Elsaß-Lothringen ausgesprochen. Nachdem aber die Kommission mit 23 gegen 4 Stimmen sich für diese Stimmenverteilung ausgesprochen, mußte sich der Bundesrat erneut mit der Frage beschäftigen. Der Fall, daß die Stimmen zugunsten von Preußen nicht gezählt werden dürfen, wenn sonst mit ihrer Hilfe Preußen die Mehrheit im Bundesrat bei einer Abstimmung erhalten würde, kann nur einmal vorkommen, wenn nämlich das Stimmverhältnis im übrigen 31 zu 29 ist. Die Regierung läßt ihre Haltung von dem Gesichtspunkte bestimmen, daß die Vorlage eine große nationale und politische Notwendigkeit ist.

**Dove (ZPpt.):** Nicht die Liberalen, die Konservativen sind es gewesen, die Preußen nach Olmütz geflöhrt haben. (Sehr gut! links.) Die Konservativen gehen mit ihrer Haltung gegenüber dieser Vorlage nicht die Wege Bismarcks, sondern die Wege Leopolds von Gerlach. Wenn wir hier im Interesse Deutschlands handeln, so handeln wir auch im Interesse Preußens, denn die wahren Interessen Preußens und Deutschlands sind identisch.

**Dr. Frank (SD):** Der Herr von Oldenburg machte

dem Reichskanzler einen Vorwurf daraus, daß er sich die Zustimmung der Sozialdemokraten zu diesem Artikel gefallen lasse. Ich habe den Eindruck, als wenn Herr v. Oldenburg die Stimmen der sozialdemokratischen Fraktion gern so behandeln möchte, wie die Stimmen Elsaß-Lothringens im Bundesrat (Hört, hört! und Sehr gut! links.), sie sollen nur dann zählen, wenn sie gegen die Regierung abgegeben werden. Ich glaube, er würde sich unsere Stimmen ganz gern gefallen lassen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Herr v. Oldenburg hat gegen das deutsche Interesse das preussische Interesse vertreten wollen. Ich gehöre nicht dem preussischen Staate an, halte mich aber doch für berechtigt und verpflichtet, das preussische Volk in seiner großen Masse dagegen in Schutz zu nehmen, daß durch Herrn v. Oldenburg seine Interessen vertreten würden. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Was Herr v. Oldenburg vertritt, sind lediglich partikularistische-preussische Interessen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Es ist kein Zufall, sondern eine innere Notwendigkeit, daß Herr v. Oldenburg hier Arm in Arm mit den polnischen und elsässischen Nationalisten auftritt und der Reichstag wird in seiner Mehrheit die Aufgabe haben, gegen das partikularistische und nationalistische Interesse das Interesse des Volksganzen zu vertreten. (Sehr gut! links.) Der Herr Redner hat schon mit Recht betont, daß die Konservativen heute nicht die Bahn v. Bismarcks, sondern die Bahn Gerlachs wandeln. Ich erinnere auch daran, daß Anfang der 60iger Jahre der damalige Preussische Volksverein sich in einem Aufreiß gegen den sogenannten Nationalitätenwindel gewandt hat, und darunter verstand er die Bestrebungen, Deutschland wirtschaftlich und politisch zu einen. (Hört, hört, links.) Ein später Nachkomme jener Herren des Preussischen Volksvereins ist Herr v. Oldenburg. (Sehr gut! links.) Man hat gesagt, die Regierung gehe durch ein kaudinisches Joch, wenn sie die Kommissionsbeschlüsse annehme. Das kaudinische Joch wurde aufgestellt nach einem unglücklichen Kriege. Ich glaube, es entspricht nicht dem richtigen Empfinden, wenn man das Ergebnis eines Kampfes von Volksgenossen in Parlament vergleicht mit dem Ergebnis eines Krieges gegen einen Feind. Es werden hier keine kaudinischen Joche aufgestellt, sondern eine Mehrheit macht von ihrem Recht Gebrauch, das Gesetz so zu gestalten, wie sie es für richtig hält. Meinen Ohren habe ich nicht getraut, als Herr v. Oldenburg dem Reichskanzler einen besonderen Vorwurf daraus machte, daß er vom Pluralwahlrecht abgehen wolle. Hat doch Herr v. Oldenburg selbst in der Kommission für das gleiche Wahlrecht gestimmt. (Hört, hört! links.) Wenn er mir das mit einem ironischen Lächeln bestätigt, so darf ich vielleicht daraus schließen, daß er damit einen schlechten Witz machen wollte, einen guten hat er ja in diesem Hause noch nie gemacht. (Weiterkeit.) Sollte er nicht zum Zwecke der Erleichterung der Kommissionsmitglieder, sondern im Ernst für die Beseitigung des Pluralwahlrechts gestimmt haben, dann würde es nicht dem Herrn, wie wir ihn von einem Volksvertreter verlangen, entsprechen, wenn er nun der Regierung aus ihrer Stellung einen Vorwurf macht. Auch Herr Graef jammerte ja über diese Haltung der Regierung, während er selbst erklärte, er habe nichts gegen das gleiche Wahlrecht. (Hört, hört! links.) Herr Hauß hat dann mit begeistertsten Worten sich dagegen gewandt, daß in Elsaß-Lothringen die gesetzgebende Gewalt durch den Kaiser ausgeübt werde. Besser als er es sagte, hätte es auch kein Mitglied meiner Fraktion sagen können. (Weiterkeit.) Vöhlle hat all das, wenn auch nicht mit gleichem Stimmenaufwand, vorgetragen. Wir waren nur etwas erstaunt über die Ausführungen des Abg. Hauß, weil seine Freunde noch vor wenigen Jahren hier selbst beantragt haben, daß der Kaiser in Elsaß-Lothringen die gesetzgebende Gewalt ausübe. (Hört, hört! links.) So in einem Antrag vom 5. Dezember 1905, der unterschrieben ist auch von den Herren Wetterle, Kießling, Preis, der heute in so rührenden Worten Preußen vor einem Ausnahmegezet bewahren wollte, und dann in einem weiteren Antrag vom 12. Mai 1907. Nachdem die elsässischen Nationalisten noch vor kurzem solche Anträge gestellt haben, heißt es uns etwas viel zumuten, wenn wir ihnen glauben sollen, daß sie jetzt ernsthafte Bedenken gegen die Übertragung der Landesgewalt an den Kaiser haben. — Der vorliegende Artikel enthält nicht alles, was wir verlangen, aber verwahren müssen wir uns dagegen, wenn hier behauptet wird, es würde hier ein Ausnahmegezet beschlossen. Wenn von jener Seite gegen ein Ausnahmegezet geredet wird, dann müssen Sie uns schon gestatten, daß wir dem ein massives Mißtrauen entgegensetzen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Wenn Sie gegen Ausnahmegeetze sind, so werden Sie in den nächsten Tagen Gelegenheit haben, dieser Abneigung Ausdruck zu geben. (Bravo! b. d. Soz.)

Damit schließt die Debatte.

**Dr. Oldenburg (Kons.)** (persönlich): Daß ich in der Kommission für das allgemeine Wahlrecht gestimmt habe, ist richtig, ich habe es aus folgenden Gründen getan: da ich ein Gegner des Gesetzes bin, habe ich für das allgemeine Wahlrecht gestimmt, nachdem die Regierung erklärt hatte, daß mit ihm das Gesetz für sie unannehmbar sei. (Gr. Hört, links.)

**Dr. Frank (SD):** Ich stelle fest, daß der Abgeordnete v. Oldenburg meine Behauptung bestätigt und noch in wertvoller Weise ergänzt. (Sehr wahr! links.) Artikel I wird hierauf in namentlicher Abstimmung mit 200 Stimmen gegen 112 bei 2 Stimmenthaltungen angenommen.

**Zum § 5 nimmt das Wort**  
**Gummel (SD):** Wir beantragen, besondere Abstimmung über den ersten Absatz dieses Paragraphen, weil in ihm von zwei Kamern die Rede ist und wir das Zweikammersystem ablehnen. Ferner beantragen wir besondere Abstimmung über den letzten Satz des 4. Absatzes dieses Paragraphen, wodurch die Regierung ermächtigt wird, nach Ablauf eines Etatsjahres bis zum Inkrafttreten eines neuen Etatsjahres Schatzanweisungen auszugeben, soweit die Einnahmen aus dem auf besonderen Befehlen beruhenden Steuern und Abgaben nicht ausreichen, um die rechtlich begründeten Verpflichtungen der Landeskasse zu erfüllen.

**Hauß (Gl.):** befürwortet einen Antrag, wonach Steuern, falls der neue Etat nicht rechtzeitig zustande kommt, auf die Dauer von 4 Monaten nach Maßgabe des letzten Etats fort erhoben werden können.

**Leдебур (SD):** Wir können weder für die Regierungsvorlage, die der Regierung das unbeschränkte Recht gibt, bis zum Inkrafttreten eines neuen Etats nach Maßgabe des letzten Steuern zu erheben, noch für die Änderungen der Kommission und des Antrags Hauß stimmen. Das widerspricht unserer Auffassung an dem Grundgedanken des konstitutionellen Budgetrechts und widerspricht der Verfassung. Die Möglichkeit, das Budgetrecht der Regierung gegenüber zur Anwendung zu bringen, ist die notwendige Voraussetzung für ein wirklich konstitutionelles System, und weil wir nirgends einen Scheinkonstitutionalismus haben wollen, können wir dieser Regelung nicht zustimmen. (Bravo! bei den Soz.)

Die einzelnen Absätze des Art. 5 werden angenommen, der erste und letzte gegen die Stimmen der Sozialdemokraten. Die Gesamtstimmung über Art. 5 ist auf konservativen Antrag namentlich. Er wird mit 282 gegen 90 Stimmen bei 5 Stimmenthaltungen angenommen.

Artikel 6 enthält die Bestimmungen über die Kammer.

4stimmigen senkte und sich einen Schritt von ihr zurückzog, weshalb er die wenigen leise fragenden Worte, die sie an ihn zu richten suchte, nicht deutlich vernahm. Schon stand sie im Begriffe, das eben Gesagte noch einmal zu wiederholen, als über Antons Schulter hinweg eine Hand nach dem Hute langte und einige Goldstücke hineinfallen ließ. Zugleich fühlte er sich von einer anderen Hand am Rockschöß gezipft, wendete sich, einen ungeschickten Taschendieb argwöhnend, rasch um und erkannte... die Dame, die er im Theater gesehen und seitdem vergeblich aufgesucht! Ihr Begleiter, der die Goldstücke spendete, führte sie jetzt, — zog sie vielmehr an seinem Arme aus dem Gedränge fort! —

Keine Frage, daß sie es gemeint! — Und sie hatte ihm ihre Nähe heimlich kund geben wollen?

Er gedachte nicht mehr der Frau, die so gern sich ihm verständlich gemacht hätte; er vergaß den fast bittenden Blick, womit sie ihn betrachtet hatte; er vergaß Carins, und daß er diesen hatte antworten, sich ihm entdecken, seinen Rat und Beistand erbitten wollen! Er vergaß alles und folgte der Fremden, die sich an ihres Begleiters Seite unaufhörlich nach ihm umdrehte, um sich zu überzeugen, ob er auch ihre Fährte nicht verliere.

In das Tor eines großen Hotels bogen dann die beiden ein.

Er blieb an der anderen Seite der Gasse stehen, wie wenn er nach einer Hausnummer suchte, verärrumt dabei nicht, nach ihr zu schauen, und empfang ein mimisches Zeichen, welches er sich so auslegte, daß er an Ort und Stelle harrten möge.

So war es denn auch gemeint, denn nach Verlauf weniger Minuten lag ein Hüßfrankensstück, in Papier gewickelt, zu seinen Füßen.

Ein Saosogard, der sein Hornmetier (welches wohl auch lieber den tanziösen Winterclaf abgehalten hätte)

dielt nebenbei tanzen ließ, wählte, die reiche Gabe gelte ihm, und türzte so rasch darauf hin, daß sein Kopf mit Antons Kopf heftig gegeneinander schlug und beider Hände sich berührten.

„Wir teilen!“ rief Anton; „der Inhalt für Dich und der Umschlag für mich!“

„Das will ich gern,“ sagte der Knabe und steckte den blanken Taler ein.

Der Umschlag enthielt nichts als die Bezeichnung einer Haus- und einer Türnummer in der Straße d'Enfer, mit der Angabe: „Heute abend zwischen elf und zwölf Uhr. Parole für die Portiere: „le vannier.“ — Vorausgesetzt, daß A. sich nicht mehr vor Geipenstern fürchtet!“

„Vor Geipenstern fürchtet?“ wiederholte Anton, nachdem er die kleinen, mit Weisheit schnell geschriebenen Zeilen mehr erraten, als gelesen. Vor Geipenstern? — Habe ich mich denn je? ... Freilich einmal! Nur einmal! Aber wer kann darum wissen? Wer kann im Fuchswinkel meine Torheit belauschen und das Gedächtnis daran länger als drei Jahre hindurch bewahrt haben? Das ist ja mehr wie wunderbar! Ich wählte damals, den schwarzen Wolfgang zu erblicken, jagte aber mein Phantom in die Flucht... Herr des Himmels, der schwarze Wolf! Da ist die braune Bärbel nicht weit. Ja, wahrhaftig, wo waren meine fünf Sinne! Sie ist es! So gewiß ich lebe, sie ist es! Blind muß ich gewesen sein, sie nicht zu erkennen. Weiße Schwänke mag sie aufgelegt haben, ihre Haut zu bleichen; sonst trifft alles zu, alles! Sagte sie mir nicht, vor meinem Kammerfensterlein hängend wie eine Nachtveile, daß sie eine vornehme Dame werden wolle? Sie ist es geworden. Sie ist nicht mehr die braune Bärbel, welche zu meiden ich dem schwarzen Wolfgang versprochen mußte. Sie ist jetzt eine andere; sie ist eine Dame; mein Versprechen bindet nicht mehr.

„D, ich komme! Zwischen elf und zwölf Uhr! Ich komme auf jeden Fall!“

(Fortsetzung folgt.)

Dr. Ricklin (Elässer) beantragt die Aufnahme von 6 von den Bezirksräten gewählten Abgeordneten in die erste Kammer, die Normierung der vom Kaiser ernannten Mitglieder auf 12 und Berufung der ernannten Mitglieder auf Lebenszeit.

Winkler (R.) wendet sich gegen die Vertretung der israelitischen Konfessionen in der ersten Kammer, bestreitet aber, aus Antisemitismus dagegen zu sein.

Fehrenbach (Z.) bittet alle Abänderungsanträge abzulehnen und es bei der Kommissionsfassung zu belassen.

Alle Abänderungsanträge werden abgelehnt. Artikel 6 wird in der Kommissionsfassung angenommen. Für die Beschränkung der ernannten Mitglieder auf zwölf stimmen außer den Elässern auch die Sozialdemokraten.

Die Paragraphen 7 bis 24 werden debattelos angenommen.

§ 24 a setzt die Gleichberechtigung der Konfessionen in bürgerlicher und staatsbürgerlicher Beziehung in Elsaß-Lothringen fest.

§ 24 b regelt die Amtssprache. Schädel (Z.) ersucht die Regierung um Auskunft über ihre Stellung zur Sprachen- und Schulfrage.

Staatssekretär Delbrück: Die Unterrichtssprache ist die deutsche. Die Ausnahmen, die in Landesteilen mit überwiegend französischer Bevölkerung gemacht wurden, beabsichtigen wir nicht weiter auszuweiten. Die Konfessionsschule ist in Elsaß geltendes Recht, von der Ausnahmen nur in besonderen Fällen gemacht werden.

Decker (H.) tritt für den Kommissionsbeschluss ein.

Winkler (R.) befürwortet einen Antrag auf verfassungsmäßige Festlegung der Konfessionsschule und auf die Bevollmächtigung des Statthalters in französisch sprechenden Bezirken für die nächsten 15 Jahre die französische Sprache auch als Unterrichtssprache zuzulassen.

Decker (Elässer): Wir fordern die Streichung des Sprachenparagraphen, aber die Sicherung der konfessionellen Schule in Elsaß-Lothringen. Der Sprachenparagraph ist nur der Freikonservativen wegen beantragt worden.

Decker (S.): Manche Abstimmung ist mir heute so sauer geworden, wie kaum eine in meinem langen parlamentarischen Leben. Aber für diesen Sprachenparagraphen zu stimmen, fällt mir kinderleicht. Er kodifiziert ja nur, was in Elsaß-Lothringen geltendes Recht ist. Polen und Dänen der preussischen Regierung und dem preussischen Dreiklassenhaufe auszuliefern, würden wir uns wohl hüten, aber die französische Sprache in Elsaß-Lothringen zu unterdrücken, wird kein Statthalter, keine Regierung, kein Landtag und keine Erste Kammer wagen. Sonderbar ist der konservative Antrag. Das sind dieselben Herren, die in Preußen stets die Regierung gegen die Polen scharf zu machen suchen. Die polnischen Abgeordneten sollten den konservativen Antrag aufnehmen und im preussischen Abgeordnetenhaus einbringen. (Sehr gut! b. d. Soz.) Das Geschiehe des Vorredners über neuen Kulturkampf und Vernachlässigung der katholischen Kirche können wir wahrhaftig nicht mitnehmen. (Sehr wahr! links.) Die katholische Kirche ist im Kampf mit Bismarck Sieger geblieben. Das einzige Mittel, mit diesen religiösen Zwistigkeiten zu Ende zu kommen, ist die Trennung von Staat und Kirche und die Trennung von Kirche und Schule. Aber für diesen alten liberalen Standpunkt treten nicht einmal mehr die Liberalen entschieden ein. Wir werden für den § 24 b stimmen. (Lebhafte Beifall b. d. Sozialdem.)

Naumann (F.): Wir werden für den Paragraphen stimmen. Darin bekräftigt uns auch die widerprüchliche Haltung der Elässer in dieser Frage. Die Furcht vor der Zweisprachigkeit hat uns in Grenzgebieten schon viel geschadet, namentlich auch in den polnischen. Wir wollen keinem das Recht auf seine Muttersprache verkümmern. (Beifall links.)

Gröber (Z.): Es wäre sehr gefährlich, den Reichstag in die Schutzverhältnisse eines Bundesstaats eingreifen zu lassen. Wenn der Reichstag heute die konfessionelle Schule in einem Bundesstaat beschließt, kann er morgen das Gegenteil beschließen. Auf diesen gefährlichen Weg lassen wir uns nicht ein. (Zustimm. i. Zentr.) Die konservativen Anträge sind zwar ernst gemeint, aber ernst nur im Sinne des Kaputmachens des Gesetzes. (Sehr wahr! l. Ztr. und links.) Wir aber wollen dem Gesetz keine Knüppel zwischen die Beine werfen lassen. (Bravo! l. Ztr.)

Winkler (R.) bestreitet die hinterhältige Absicht seiner Partei.

Haub (El.) wendet sich erneut gegen den Abgeordneten Gröber, der getreue Fraktionsgenossen des Zentrums dem Gespött preisgegeben habe. (Unruhe und Bewegung i. Ztr.)

In namentlicher Abstimmung wird der konservative Antrag zu § 24 mit 269 gegen 105 Stimmen bei 10 Stimmenthaltungen abgelehnt.

Der konservative Antrag zum Sprachenparagraphen wird mit großer Mehrheit gleichfalls abgelehnt.

Der Antrag Dr. Will (El.) über die Konfessionsschulen wird zurückgezogen.

Dann wird in namentlicher Abstimmung der Sprachenparagraph (24 b) mit 220 gegen 100 Stimmen bei 5 Stimmenthaltungen angenommen.

Der Rest des Gesetzes wird debattelos erledigt. Nächste Sitzung Mittwoch 2 Uhr. (Wahlgesetz für Elsaß-Lothringen, kleinere Vorlagen. Schluß 7<sup>1/2</sup> Uhr.

## Aus der Partei.

**Zurückgewiesene Reichsverbandsklage.** Vor dem Schöffengericht in Buttsbät war der Landtagsabgeordnete Genosse Baudert-Weimar wegen Verleumdung des Gutsbesizers Julius Hesse, der sich selbst als Vertrauensmann des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie präsentierte, angeklagt. Die Verleumdung sollte in einem Artikel des Volkskalenders, Thüringer Landbote für 1911 enthalten sein. In dem fraglichen Artikel wird, ohne den Ort und den Namen des Gutsbesizers anzuführen, geschilbert, wie eine russisch-polnische Landarbeiterin, im Dienste deutscher Landwirtschaft einen Arm verliert. Sie erhält Rente, im Winterhalbjahr mußte sie aber Deutschland verlassen, sie ging während dieser Zeit ihrer Rente verlustig. Als sie später nach Deutschland zurückkam, wurde sie von dem Gutsbesizer nicht wieder aufgenommen und schließlich als „lästige Ausländerin“ ausgewiesen. Ganz nebenbei wird in dem Artikel angeführt, daß der Gutsbesizer sich vordem recht zutraulich der schönen Polin genähert habe, aber das Mädchen sei den Lockungen nicht gefolgt. In dieser Darstellung erblickte der Gutsbesizer einen Angriff auf seine Familienehre. Der Angeklagte habe als Sozialdemokrat die Tatsachen bewußt entstellt, um ihn als Vertrauensmann des Reichsverbandes herabzulieken und die landwirtschaftlichen Arbeiter der Sozialdemokratie zuzuführen. Als es dem Anwalt des Klägers nicht gelungen war, die Glaubwürdigkeit der Zeugin und eines Zeugen, die nicht nur das vollauf bestätigten, was in dem Artikel nur lose angedeutet war, sondern den Gutsbesizer noch viel stärker belasteten, zu erschüttern, versuchte er, die Vernichtung der

Familie und des Staates durch die Sozialdemokratie mit Reichsverbandsmaterial nachzuweisen. Nach mehr denn vierstündiger Verhandlung erfolgte Freisprechung; die Kosten hat der Privatkläger zu tragen. Das Gericht nahm die in dem Artikel angeführten Tatsachen als erwiesen an und erkannte dem Angeklagten zu, daß er berechtigt gewesen sei, die Interessen der Arbeiter zu wahren.

## Gewerkschaftsbewegung.

**Internationale Transportarbeiter-Föderation. (I. T. F.)**

Die I. T. F. hat den Zweck, die materiellen und idealen Interessen der Transportarbeiter zu Wasser und zu Lande nach jeder Richtung zu wahren und zu fördern. Dieser Zweck soll erreicht werden durch: 1. Unterstüßung aller der Föderation angeschlossenen nationalen Organisationen in ihren auf Verbesserung und Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen gerichteten Bestrebungen; 2. Erhebungen über die Lohn- und Arbeitsbedingungen in den verschiedenen Ländern und Berufsgruppen; 3. Erhebungen über die zum Schutze für Leben und Gesundheit der in den Transportgewerben beschäftigten Arbeiter erlassenen Gesetze und Bestimmungen; 4. Förderung des Ausbaues der sozialen Gesetzgebung, soweit dies im Bereiche der Möglichkeit für die Föderation liegt; 5. Förderung der internationalen Solidarität und Harmonie. Zum Beitritt in die Föderation sind berechtigt alle Organisationen der Transportarbeiter, als da sind: 1. Eisenbahner; 2. Straßenbahner; 3. im Fuhr- und Transportwesen beschäftigte Arbeiter; 4. Hafnarbeiter; 5. Seeleute; 6. Winenschiffer und Flößer; 7. Fluß- und Seemaschinenisten und Heizer. Die I. T. F. wurde im Jahre 1896 in London gegründet. Bis zum Jahre 1904 war der Sitz des internationalen Sekretariats in London, von da bis zum 1. Juli 1910 in Hamburg und jetzt in Berlin, Engel-Str. 21. Von der Gründung bis jetzt wurden sieben Kongresse abgehalten. Angeschlossen sind der I. T. F. folgende Mitglieder:

1. Transportarbeiter, Hafnarbeiter, Seeleute usw. in Deutschland	150 000
2. Eisenbahner in England	75 153
3. Eisenbahner in Frankreich	55 000
4. Eisenbahner in Österreich	53 000
5. Eisenbahner in Italien	30 000
6. Eisenbahner in Schweden	21 000
7. Hafnarbeiter in Amerika	15 000
8. Seeleute in Amerika	15 000
9. Hafnarbeiter in England (Westküste)	13 000
10. Eisenbahner in Deutschland	11 000
11. Transportarbeiter, Hafnarbeiter und Seeleute in Österreich	9 500
12. Lokomotivführer und Heizer in Belgien	8 600
13. Hafnarbeiter in Frankreich	8 600
14. Hafnarbeiter in England (Ostküste)	6 570
15. Transportarbeiter, Hafnarbeiter und Seeleute in Schweden	6 000
16. Seeleute in England	6 000
17. Eisenbahner in Dänemark	5 158
18. Seeleute in Frankreich	3 248
19. Eisenbahnstrassenarbeiter in Belgien	2 500
20. Eisenbahner in Bulgarien	2 400
21. Hafnarbeiter in Finnland	2 000
22. Eisenbahner in Holland	2 000
23. Schiffsheizer in Dänemark	18 000
24. Lokomotivführer in Böhmen	1 500
25. Hafnarbeiter in Antwerpen	1 350
26. Hafnarbeiter in Norwegen	1 220
27. Seeleute (Matrosen) in Dänemark	1 200
28. Transportarbeiter in der Schweiz	1 000
29. Fuhrleute in Budapest	1 000
30. Matrosen und Heizer in Norwegen	1 000
31. Transportarbeiter in Bulgarien	1 000
32. Seeleute in Italien	800
33. Hafnarbeiter in Holland	600
34. Transportarbeiter in Holland	600
35. Transportarbeiter in Belgien	600
36. Straßenbahner in Lissabon	500
37. Hafnarbeiter in Gent	500
38. Flößer in Böhmen	500
39. Hafnarbeiter in Porto und Gaya	336
40. Seeleute in Antwerpen	300
41. Hafnarbeiter in Fiume	270
42. Schiffsmaschinenisten in Fiume	250
43. Fuhrleute in Verviers	200

Zusammen 516 647

über 500 000 Mitglieder sind jetzt also schon in der I. T. F. vereinigt. Sie verteilen sich über Finnland, Norwegen, Schweden, Dänemark, England, Holland, Belgien, Deutschland, Österreich-Ungarn, Bulgarien, Schweiz, Italien, Frankreich, Portugal und Nordamerika.

**Von der Qualität der Hingebüder.** In der Waggonfabrik von Herbrand u. Co. in Köln sind über 800 Arbeiter ausständig. Da der erhoffte Streikbrecherwuchs ausblieb, erließ die Direktion an die Streikenden ein Schreiben, sich am 15. Mai wieder zur Arbeit einzustellen, widrigenfalls sie dauernd entlassen seien. Doch von den 861 Streikenden erschien am 15. Mai kein einziger zur Arbeit. Am gleichen Tage früh kam auf dem Anschlußgleise der Firma ein Waggon Hingebüder aus Hamburg an, 67 an der Zahl. Als die aber 2 Stunden lang im Betrieb ihre Tätigkeit verrichtet hatten, hatte die Firma genug von ihnen. Auch die im Betriebe verbliebenen Streikbrecher hatten sich in der unflätigsten Weise betragen; auch Betriebsunfälle kamen viel häufiger vor als vordem. Die Firma fand sich nun zu Verhandlungen mit dem Arbeiterausschuß bereit. An Stelle der 59stündigen wird die 57stündige Arbeitswoche eingeführt, im Accord soll ein Stundenverdienst von 70 Pfg. erreicht werden, Zeitlohnarbeiter erhalten eine Zulage von 2-5 Pfg. pro Stunde. Die vierzehntägige Lohnzahlungsfrist wird durch eine achtstägige ersetzt. Die Streikenden nehmen am 23. Mai die Arbeit wieder auf, die Streikbrecher werden alle entlassen.

**Kampf im Münsterländischen Textilgewerbe.** Wider Erwarten ist es doch zur Ausperrung gekommen. Nach den Bemühungen, die Ausperrung zu vermeiden, hatten die Christen in ihren Blättern Siegesmeldungen verbreitet. In einer Sitzung, die in Münster stattfand, wurde darauf von den Fabrikanten beschlossen, die Arbeiter sollten eine Erklärung unterzeichnen, daß sie den Streik verloren hätten und die Arbeit bedingungslos wieder aufnehmen. Die Christen berieten jetzt in Düsseldorf, um einen Ausweg aus der Situation zu finden. An der Ausperrung sind bis jetzt 175 Freiorganisierte und gegen 3000 Christen beteiligt. Hätten die Fabrikanten auch die Indifferenten ausgeperrt, würden etwa 10-12 000 Arbeiter in Frage gekommen sein.

**Koalitionsfreiheit in Dresdener städtischen Betrieben.** Der Dresdener Stadtrat hat in seiner übrigens schon oft niedriger gehängten Arbeitsordnung einen § 17, der bei Strafe der Entlassung jede Agitation zc. verbietet. In letzter Zeit wurden nun in fast allen Bauabuden und Bauplätzen usw. der städtischen Arbeiter große Plakate des sächsischen

Militärvereinsbundes aufgehängt, in denen zum Beitritt aufgefordert wird. Da das nach landläufigen Begriffen Agitation treiben heißt, so ersuchte die Gewerkschaft des Gemeindearbeiterverbandes den Rat um die Genehmigung zum Ausschlag der Plakate des Gemeindearbeiterverbandes, um die städtischen Arbeiter, ebenso wie das der Militärvereinsbund getan hatte, auf die Einrichtungen hinzuweisen. Das Gesuch wurde aber vom Räte abgelehnt. Ein deutliches Beispiel, wie mit zweierlei Maß gemessen wird. Viel nützen wird ja dem Rat das nicht, denn die Organisation wächst unter den städtischen Arbeitern trotzdem und der Militärvereinsbund leidet an Mitgliederarmut.

## Aus Nah und Fern.

**Ertrunken.** Infolge Hochwasser sind in der Ober bei Rattibor der Gendarm Müller aus Mährisch-Osttrau und zwei andere Personen ertrunken. In Troppau ist ein Haus eingestürzt.

**Familiendramen.** In Blauen durchschnitt, dem „Bogt-ländischen Anzeiger“ zufolge, in der Nacht zum Dienstag die Ehefrau des Hilfsweihenwärters Adler den ältesten Kindern von vier, sieben und acht Jahren mit einem Rasiermesser die Kehle und ertränkte sich mit den beiden jüngsten Kindern in Mühlenroggen. Vorher hatte die Ehefrau veranlaßt die Frau, die brieflich ihre Unschuld beteuert, zu der furchtbaren Tat. Ein junges Ehepaar namens Jaggel in Lenk (im Berner Oberland) hatte einen siebenjährigen Knaben, ein fünfjähriges Mädchen und ein vor vierzehn Tagen getauftes Zwillingsspaar. Als der Mann, der das Vieh auf die Weide geführt hatte, am Montag vormittag um 9 Uhr zurückkam, bot sich ihm ein furchtbarer Anblick. Die Mutter hatte mit einem Rasiermesser den Kindern den Hals durchgeschnitten und sich dann erschossen. Die Mutter und der Knabe waren schon tot, das fünfjährige Mädchen starb bald darauf. Auch die beiden Zwillingsschwestern sind schwer verletzt. Das eine schwebt in Lebensgefahr. Der unglückliche Vater ist ein bekannter Fremdenführer.

**Spielende Kinder totgefahren.** Ein betrunkenen Fuhrmann fuhr Montag abend in Straßburg mit seinem Wagen in eine Gruppe spielender Kinder. Drei der Kinder wurden niedergeworfen und kamen unter das Fuhrwerk. Während zwei Kinder im Alter von drei und sieben Jahren tödliche Verletzungen erlitten, konnte das dritte noch im letzten Augenblick von einer geistesgegenwärtigen Frau unter den Rädern hervorgezogen werden. Der Kutscher, der sofort verhaftet wurde, konnte von den Polizisten nur mit Mühe vor der wütenden Volksmenge geschützt werden, die ihn lynchen wollte.

**Bei den Straßburger Schanflügen kam der Woiwäter Lämmlin ums Leben.** Er stürzte ab.

**Schlimmer Ausgang eines Streites.** In der Nacht zum Dienstag tötete in Hof (Bayern) bei einem Wirtschaftskreis der Malermeister Genk den 29jährigen Handarbeiter Meier durch einen Stich ins Herz.

**Ein sibirisches Drama.** Neunzehn Gefangene, die zu den Bauten für die Amurbahn bestimmt waren, haben am 19. d. M. in der Nähe von Tjumen im Bahnzuge die Wachsoldaten überfallen und einen Fluchtversuch unternommen. Vier von den Gefangenen wurden tot in dem Waggon aufgefunden, sechs bei der Verfolgung getötet und acht schwer verwundet wieder aufgefangen. Von den neun sie begleitenden Wachsoldaten sind acht tödlich verwundet worden.

**Folgen einer Strafvernehmung.** In Cosenza hat sich ein erschütterndes Drama zwischen zwei hohen Eisenbahnbeamten abgespielt. Der Oberinspektor der Staatsbahn, Ingenieur Ginta, hatte den Bahninsektor und Ingenieur Lacioni strafversehen lassen. Darauf suchte Lacioni seinen Chef im Amtszimmer auf, tötete ihn durch mehrere Revolverkugeln und stürzte sich dann aus dem Fenster. Er blieb mit zerstückelten Gliedern liegen. Die Frau des ermordeten Oberinspektors wurde, als sie von dem Vorgefallenen erfuhr, vor Verzweiflung wahnsinnig.

**Unschuldig.** In Buluwano (Südafrika) ging ein angesehenen Bürger, Sam Lewis, zu einer dortigen Zeitung, ließ die schwarzen Zeitungsjungen vor sich aufmarschieren und suchte einen heraus, der seinem kleinen Töchterchen unsittliche Anträge gemacht hatte. Er führte den Jungen bei Seite, zog einen Revolver aus der Tasche und schoß ihn nieder. Dann stellte er sich selbst der Polizei. Die Sympathien der Bevölkerung sind auf Seiten des Mörders, der wahrscheinlich in einem Prozeß freigesprochen wird, da sich keine Jury finden dürfte, die ihn zum Tode verurteilt. — In Lake City in Florida wurden nach einem Telegramm des Berliner Tageblatts aus Newyork sechs Neger von einem Volkshaufen aus dem Gefängnis geholt und erschossen, weil sie im Verdacht standen, einen weißen Farmer ermordet zu haben.

**Furchtbare Hitze in Amerika.** Die ungeheure Hitze, welche über das Gebiet der Vereinigten Staaten geht, hat viele Unglücksfälle verursacht. In Philadelphia sind fünf Todesfälle und in Newyork ist ein Todesfall durch Sonnenstich vorgekommen. Die Zahl der Hitzschläge, die ernste Erkrankungen der davon Betroffenen zur Folge hatten, ist sehr groß.

## Handels- und Marktnachrichten.

**Hamburger Sternschanz-Viehmarkt vom 23. Mai.** Auftrieb 4400 Schweine. Markt lebhaft geräumt. überfland — Etüd.  
Es wurden gezahlt für 50 kg Lebendgewicht nach Abzug vereinbarter nebenstehender Tara und für 50 kg Lebendgewicht ohne Tara: Beste schwere reine Schweine, über 260 Pfd., Tara 20 Proz., 52,— bis 53,00 (41,50 bis 42,50 Mt.) Mittelschwere Ware, von 240-260 Pfd., Tara 20 Proz., 52,— bis 53,00 (41,50 bis 42,50) Mt. Mittelware, von 200-240 Pfd., Tara 22 Proz., 53,— bis 54,00 (41,50 bis 42,00 Mt.) Gute leichte Ware, unter 200 Pfd., Tara 22 Proz., 53,00 bis 54,50 (41,50 bis 42,00 Mt.) Geringere Ware, Tara 24 Proz., 50,00 bis 54,00 (38,00 bis 40,00) Mt. Sauen, 1. Qualität, Tara 20 Proz., 48,— bis 47,00 (37,— bis 37,50) Mt. Sauen, 2. Qualität, Tara 22 Prozent, 40,— bis 45,— (31,— bis 35,00) Mt.

## Literarisches.

**Eingegangene Schriften und Bücher.**

„Wahrer Jakob“, Nr. 11 des 28. Jahrganges.  
„Gleichheit“, Nr. 17.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stellung.  
Verleger: Th. Schwart. Druck: Friedr. Meyer & Co.  
Sämtlich in Lübeck.

Am Montag starb nach langem schweren Leiden meine liebe Frau **Christine Schomann, geb. Gredmann**, im Alter von 62 Jahren. Tief betrauert von mir und allen, die ihr nahe standen.  
**Helnr. Schomann und Kinder,**  
**Albert Schomann und Frau, geb. Steen.**

**Wilh. Schomann,**  
**Carl Schomann,**  
**Eduard Petermann u. Frau Elisabeth,**  
 geb. Schomann.  
**Carl Fey und Frau Caroline,**  
 geb. Schomann.

**Helnr. Täschow und Frau.**  
 Die Beerdigung findet am Donnerstag, dem 25. Mai, nachmittags 3 Uhr, in Genin statt.

Zu sofort oder später **Kottwitzstraße mehrere Drei- und Zweizimmerwohnungen** zu vermieten. Näheres Kottwitzstraße 88, pt.

Sterbefallhalter eine freundl. **Zwei-Stuben-Wohnung** sofort od. um 1. Juli zu vermieten, Preis 140 Mk. 2. Ochsenkopel 7a (Burat.)

Freundl. abgesehl. **Zwei-Zimmer-Wohnung** an ruhige Leute zu vermieten **Ritterstraße 8a**, beim Stein. Weg. **Kartoffeln**, gesunde Ware, 100 Pfd. 2 Mk. Depenau 13.

Ein großes starkes **Franspant** billig zu verkaufen **Beckergrube 22.**

Ein dunkelbl. **Sitz- und Liegewagen** zu verk. **Glandorffstr. 11 III.**

**Guterhaltener Kinderwagen** mit Gummireifen zu verkaufen. **Friedenstraße 58, II.**

**Sitz- u. Liegewagen (Dr. Kalken)** mit Gummireifen, gut erhalten, zu verkaufen. **Langereihe 13.**

## Troposana

**Pflanzenbutter-Margarine**  
 die **Butter** des **Pflanzenreiches**  
 aus allerfeinsten, keimfreien Pflanzenstoffen.  
 Infolge eines günstigen Abschlusses bis auf weiteres **nur 72 Pfg. das Pfund.**  
 Ganz frisch zu haben bei:  
**F. Eisermann, Lübeck,**  
**Gneisenaustraße 6.**

**Obstbäume, Erdbeerpflanzen, Ziersträucher, Laubpflanzen, Fruchtsträucher, Buchsbaum, Rosen, beste Sämereien** empfiehlt zur jetzigen Pflanzzeit **C. Rohrdantz, Moisling, Allee 55.**

**Deere Schmalzeimer oder Kübel** für 25-30 Pfd. Inhalt kauft zu jeder Zeit

**Thüringer Wurst- u. Fleischkonservenfabrik**  
**Aug. Scheere, Metteich 14.**

Die **Arbeiter-Garderoben** aus dem Spezial-Geschäft von **Lübeck Otto Albers** Kobl. Markt 4 10 sind vor...haft bekannt durch gute Verarbeitung u. sehr billige Preise. U. a.:  
 Lederhosen . . . 2.20-6.45  
 Maurerhosen . . . 2.60-6.75  
 Schloßhosen . . . 1.88-5.25  
 Überziehhosen . . . 1.08-2.35  
 Zwirn-Hosen . . . 1.68-3.25  
 Leinene Jacken, schräge u. gerade, L28, Rajen, Semden, Schlachterjacken, Friseurjacken, Malerärmel erstaunlich billig. Mägen von 30 Pfd. bis 188 Pfd. Note Lubecam.

**Frauenleiden und deren Verhütung.**  
 Nebst einem Anhang:  
**Die Verhütung der Schwangerschaft.**  
 Von Dr. J. Zadek.  
 Preis 20 Pfg.  
 Zu beziehen durch die **Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.** **Johannisstraße 46.**

Halte meine Lokalitäten, große geschlossene Veranden u. Garten bestens empfohlen.  
**J. G. Müller,**  
**Restaurant Cleverbrück.**  
 7 Minuten von der Sisenfabrik.

Unsere Abonnenten erhalten ein weltberühmtes Buch für nur 25 Pfennig

# Carl Hagenbeck Von Tieren und Menschen

pro Woche in Lieferungen erscheinend und zwar die hochinteressantesten Ergebnisse und Erfahrungen:

Wir bieten hierdurch unsern Lesern den Vorteil, dieses wertvolle Werk mit 134 zum Teil farbigen Bildern, das den Stolz jeder Bibliothek, einen Hauschatz für die ganze Familie bildet, das für Alt und Jung interessant und lehrreich ist, ohne Verteuerung in **Raten v. höchstens 25 Pf. zu beziehen.**

Hier liegt ein Buch vor, wie kein zweites bisher geschrieben wurde, noch jemals geschrieben werden kann, ein Buch, das jeder sich anschaffen sollte.



„Ein Volksbuch im besten Sinne“

ist Carl Hagenbecks Werk mit Recht genannt worden. Es hat den ungeheuren Erfolg, den es erzielte, auch verdient. Ein Mensch erzählt darin seine Erlebnisse u. Erfahrungen, der auf der ganzen Erde heimisch ist, dessen Interesse sich auf alle Arten von Tieren und Menschen richtet, der Weltreisender, Tierzüchter und Kaufmann in einer Person ist. Und er versteht es, seine Erlebnisse so interessant u. spannend zu schildern, wie der beste Roman es kaum vermag.

**60 000 Exemplare** bereits verkauft

Carl Hagenbeck der bloße Name läßt vor den Augen die fessamartigsten Bilder entstehen von fernen Erdteilen, deren Jagdgründe die Natur und die zoologischen Gärten ihre Fährten verlaufen, dem fast allen Menschen bekant sind die großen Erfolge Hagenbeck'scher Tierzucht, die Löwen, Tiger, Bären und andere wilden Tiere in friedlichem Beisammeln zusammenzuführen läßt. Carl Hagenbeck's Aufzeichnungen sind die interessanteste Veröffentlichung, die in den letzten Jahren erschienen ist.

Carl Hagenbeck's Erlebnisse und Erfahrungen sind aber mehr als eine Reihe enorm fesslender und unübertrefflich anschaulich geschilderter Erzählungen. Das Buch gibt vor allem den Lebensgang eines Mannes wieder, der aus kleinen Anfängen ein Weltkammergut gründet, und enthält eine Fülle beherzigenswerter Lebenserfahrung. Was für die reife Jugend bedeutet Hagenbeck's Werk ein Buch, wie es sich besser nicht denken läßt.

Von der ersten bis zur letzten Seite hält uns der Inhalt der oft mit zu Herzen gehenden Humor vorgetragenem Schilderungen gefangen. Dabei ist Carl Hagenbeck's Werk keine bloße Unterhaltungsskizze, es ist ein Bildungselement ersten Ranges. Ein neuer „Brehm“ liegt hier vor uns, seiner lehrhaften Form entfremdet und um die Offenbarungen eines weltumfassenden Geschäftsgenies bereichert.

Benutzen Sie diese einmalige sich bietende Gelegenheit Ihre Bibliothek mit dem wertvollsten Buch des Jahres zu bereichern, Ihren Kindern edelste Belehrung und spannendste Unterhaltung zu bieten, und senden Sie nebenstehenden Bestellschein an unsere Expedition.

Buchhandlung **Friedr. Meyer & Co., Lübeck.**

Empfehle  
**Göricke- u. Corona-Fahrräder**  
 in allen Preislagen.  
**Große Auswahl. Volle reelle Garantie.**  
 Günstige Zahlungsbedingungen.  
 Sämtliche Ersatzteile auf Lager. — Reparaturen werden prompt und billig ausgeführt.  
**Th. Vedder, Friedenstraße 1.**

**Amerikanische Uhren-Reparatur-Werkstatt**  
 Huxstraße 71. (Bitte auf Nr. 71 achten.) Huxstraße 71.  
 Neue Feder . . . 1,00 Mk. Jedes Uhrglas . . . 25 Pfg.  
 Uhr reinigen . . . 1,00 Mk. Zeiger . . . 10 Pfg.  
 Neuer Stein . . . 1,00 Mk. Bügel . . . 10 Pfg.  
 Neue Welle . . . 1,00 Mk. Uhrschlüssel . . . 5 Pfg.  
 Für jede Reparatur 2 Jahre schriftliche Garantie.  
 Verkauf von Herren- und Damenuhren **billig.**

**Sehr preiswert!**  
 Donnerstag früh von 7½ bis 9 Uhr ein großer Posten, ganz frisch gefalgene  
**Schmalzen, Pfoten und Schweinefleisch**  
 in tadelloser Ware, diesmal ganz besonders billig,  
 das Pfund nur 10 Pfg.  
 Verkauf in der Fabrik  
 = Beim Metteich 14 =  
**Thüringer Wurst- u. Fleischkonservenfabrik**  
 August Scheere.

**Bunge'scher Speise-Essig ist anerkannt der beste.**  
 Nur echt mit dem Etikett der Firma. Alleinige Fabrikanten:  
**H. L. Wiegels, vorm. I. C. Bunge, G. m. b. H.**

**Konsumverein**  
 für Lübeck und Umgegend.  
 e. G. m. b. H.

Liebhavern eines erfrischenden, angenehm schmeckenden **alkoholfreien Getränkes** empfehlen wir unsere neu aufgenommene **Simonaden-Extrakte** mit Fruchtgeschmack, als Likör oder verdünnt zu trinken, per Flasche 60 Pfg.  
**Klosterperle** Apfelgetränk, per Flasche 45 Pfg.  
**Pinetta** stark zu verdünnen, ½ Flasche 80 Pfg.  
 Der Vorstand.

**Carl Folkers Möbelmagazin**  
 25 Marlesgrube 25.  
**Vollst. Wohnungseinrichtungen. Selbstgefertigte Arbeiten.**  
 Größte Auswahl. Billigste Preise. Weitgehendste Garantie.  
**Zimmereinricht. stets vorrätig.**  
 Lieferung frei Haus auf eigenem Möbelwagen.  
 : Teilzahlung gestattet : Bei Barzahlung Rabatt.  
 Gebe rote Lubeca-Rabattmarken.

**Achtung! Bauschlosser! Versammlung**  
 am Freitag, dem 26. Mai abends 8½ Uhr präzis im „Gewerkschaftshaus“ **Johannisstraße 50-52.**  
 Das Erscheinen sämtlicher Kollegen ist unbedingt erforderlich.  
 Der Einberufer.

**Verzwilliger Sonntagsdienst**  
 am 25. Mai von 1 Uhr an.  
 Dr. med. Schwarzweiller, Breitestr. 1.  
 Dr. med. Pauli, Mühlenstraße 5.  
 Dr. med. Lorenz, Beckergrube 64, I.

**Neu! Neu!**  
**Gasthof 3 Kronen**  
 Dolk 6.  
**Kreisel-Billard**  
 Neu für Lübeck.  
**Martin Fischborn.**  
 Vertr.: F. Bahr.

**Arbeiter-Radf.-Verein Lübeck**  
**Tour nach Kumpel**  
 am Donnerstag, dem 25. Mai Abfahrt 12½ Uhr vom Lindenplatz **Nachwart I. Der Vorstand.**

**Sozialdemokratischer Verein**  
**Schwartau-Rensefeld.**

**Ausflug der weibl. Mitglieder nach Seeretz**  
 am Donnerstag, dem 25. Mai (Himmelfahrtstag.) **Abmarsch 2 Uhr nachmittags** von der Alster im Kiebsbüsch. **NB. Frauen-Verammlung** Freitag, den 26. Mai. **Der Vorstand.**

**Zentral-Hallen**  
 Am Himmelfahrtstage:  
**Tanzkränzchen**  
 Musik ausgeführt von einer großen Kapelle.  
 Anfang 5 Uhr. Ende 2 Uhr.  
**H. Pagel.**

**Kaffeehaus Moisling**  
 Am Himmelfahrtstage:  
**Freies Tanzkränzchen**

**Friedrichshof.**  
 Am Himmelfahrtstage:  
**Großer Tanz.**  
 Anfang 5 Uhr. Ende 1 Uhr.  
 Eintritt frei.  
**J. H. Hagelstein.**

**Hansa-Halle**  
 Am Himmelfahrtstage:  
**Großes Tanzkränzchen.**  
 Anfang 5 Uhr. Eintritt frei.  
 Ende 1 Uhr. Abonnement 50 Pfg.  
**J. Rieck.**

**Friedr. Franz-Hall**  
 Am Himmelfahrtstage:  
**Großes Tanzkränzchen**  
 Anf. 4 Uhr. Eintritt frei.  
**L. Stamer.**

**Achtung! Herrnburg Arbeiter-Radfahrer.**  
 Am Sonntag, 28. Mai, nach 4 Uhr, beabsichtigt der Arbeiter-Radfahrer-Verein Herrnburg sein diesjähriges **Sommer-Vergnügen** zu feiern, wozu freundlichst einladet **Der Vorstand.**  
 NB. Vorausichtlich wird die Großherzogliche Landvogtei die Zeit den Radfahrern nicht genehmigen. Dann wird an demselben Tage nachmittags 4 Uhr eine große **Protest-Verammlung** der Arbeiter-Radfahrer dabeilbst stattfinden. Auf, Genossen und Genossinnen, zu **Protest** nach Mecklenburg.  
 Die Bezirksleitung.

**Schlutup.**  
 Der Arbeiter-Radfahrerverein für Schlutup feiert am Donnerstag, d. 25. Mai im Lokale des Herrn Vetter, **Gasthof zur Post,** sein **Sommervergnügen** verbunden mit Korfahrt und Aufführungen der Kunstfabrik **Gebrüder Mustin.**  
 Anfang 4 Uhr. Anfang 4 Uhr  
 Hierzu sind die umliegenden Bundesvereine freundlichst einladen.  
**Der Vorstand**

Ar. 21. An Bord des „Siegfried“.

(6. Fortsetzung.) Roman von Friedrich Schiemme. Wie er gekommen, so sächlich Holm, nachdem er noch wieder hinaus. Er lehnte nicht in seine Kabine zurück, sondern begab sich auf das Deck, seine brennenden Augen in der frischen Morgenluft zu baden. Hoch laute der Wind und blähte die Wogen zu ungeheuren Schaumbergen auf. Ihr schmeckergeräusch sprühte um seine heiße Stirn. Mit Verhagen lag der Professor die kalte Luft ein, seine Erregung milderte sich in der Erregung der Elemente. Ihm verfiel an den fehrnachtsvollen Ausruf Grubijoffs des Vortages:

„Sag mich hören Sturmesbrausen, Donnerhall ist meine Luft, Wenn mich Luftuhr rings umstößt, Dann ist Ruh in Grubijoffs Brust!“ Und seltsam — in all seine Sorgen, in seiner Trauer um das arme junge Menschenleben da unten schlich sich wie etwas, das eigentlich verboten ist und heimliche Wege gehen muß, ein unheimliches Glücksgefühl. Immer wieder spürte er den leisen, weichen Samtdruck dieser weichen, sarten Hand, immer wieder streifte ihr Gewand seinen Arm, immer wieder durchdrangte ihn jene eigenartige Empfindung.

„Wohl eine Stunde ging er auf und ab, da trat Doktor Wehrmann zu ihm und veränderte mit dem ruhigen feines Berucks, daß alles vorüber sei. Sie ist erst sechsundzwanzig Jahre alt,“ fügte er hinzu. „Was?“ rief Holm erschüttert. „Wie ergreift mich das Welken dieser jungen Blüte! Wogu hat sie nun wohl geblüht, wogu?“

„Sie hat, wenn auch nur kurze Zeit, doch ihre Krone entfaltet und ihren Duft verströmt. Sie hat Glück gependet und Glück empfangen,“ entgegnete Doktor Wehrmann. „Wie viele aber, die hingehen, ohne einen Augenblick des Glücks gefast zu haben, in Verzweiflung und Jammer!“ bemerkte düster der Professor.

Der Arzt aucte die Achsel. „Sie weisen da eine Frage auf, auf welche es keine Erwiderung gibt. Hat sie schwer zu leiden gehabt?“ „Nicht allzuschwer. Sie litt schon an hochgradiger Ausdehnung, als sie das Schiff betrat, ohne daß ihr Aussehen darauf schließe. Somit wäre sie unter allen Umständen zurückgeblieben worden. Die Seerkrankheit und die immertin rauche Greluft haben ihre Auflösung beschleunigt. Ihr Tod war leicht und schmerzlos, soweit nicht geistige Leiden in Betracht kommen, und selbst diese mildert wohl im Augenblick des Scheidens eine wohlthätige Apathie. Wir müßten ihr Kind wecken, noch einmal sog sie es an die Brust und hauchte einen Kuß auf seine Stirn; es lächelte ihr entgegen wie jeden Morgen, dann sank sie zurück und war tot. Frau Leonhardt drückte ihr die Augen zu.“

„Die Gute! Wie treu und aufopfernd hat sie der Fremden ihre Hilfe gependet!“ „Das ist wahr, sie ist ein edles Weib.“ „Und was wird mit der Leuten geschehen?“ Der Arzt seigte mit bedeutungsvoller Miene auf die wildtollende Küst:

„Da hinein?“ „Ja. Wir laufen zwar morgen Coruna an, aber der Kapitän zieht es vor, die Lote noch weiter zu bestatten. Mit einer Leiche an Bord bereitet man uns Schwierigkeiten, läßt uns vielleicht garnicht landen ohne vorher eine weitläufige Untersuchung vorzunehmen — es ist besser so, und ein Grab im Ocean ist ja ebenigut wie eines in der Erde.“

„Gegen Abend, zu der Zeit, als eben die ersten Schatten der Dämmerung hereinbrachen, und das Vorküsten der unheimlichen Krua flart. Der Schiffszimmermann hatte einen einfaches Sarg angefertigt; freilich fehlte der übliche Blumenbesatz, dafür hatte die Pietät der Passagiere für andere passende Bierarten

Keines Feuilleton.

Die Verhältnissheit der Gemüße. Eine reichhaltige Veranschaulichung von Gemüße in der täglichen Ernährung gehört zu den Grundfragen, die gar allgemein beantwortet werden. Wenn man nicht der gänzlichlichen Auscheidung von Fleisch aus dem Speisegetriebe das Wort reden will, so besteht doch heute volle Günstigkeit in der Annahme, daß reine Fleischnahrung unter Ausschaltung von Gemüße für die dauernde Gewunderhaltung des Körpers nicht zuträglich ist. Dabei spricht der Wissenschaft nicht leicht Frage mit, deren Aufklärung der Wissenschaft nicht leicht fällt. Alle Pflanzenenteile enthalten eine größere oder geringere Menge von Kohlenstoff, der außerhalb des Magens nur unter Mitwirkung von Bakterien gelöst werden kann, indem diese die Zellwände sprengen und zwar dadurch, daß sie eine Gärung einleiten, über das darin liegende Material der tatsächlich zulebende kommenden Körper hat sich Geheimrat Ab. Schmidt aus Halle im Verein für innere Medizin in Berlin ausgesprochen.

Die großen Wiedererfahrungen wie die Kinder können eine gewaltige Menge von Cellulose ihrem Körper einverleiben, nämlich täglich etwa drei Kilogramm. Allerdings tritt die Verdauung der Cellulose hauptsächlich erst im Darm ein, und zwar beim Tier dort, wo am meisten Bakterien vorhanden sind, während beim Menschen mehrwertigweise die Celluloseverdauung am besten stattfindet, wenn möglichst wenig Bakterien im Darm vorhanden sind. Diese Widerprüge lösen sich wahrscheinlich teilweise durch die Berücksichtigung der Tatsache, daß die Cellulose immer mit anderen Stoffen verbunden kommt und demnach auch ganz verschiedenen Wirkungen unterliegt. So viel ist sicher, daß sie für den Mensch nicht schlechtin unverdaulich ist, wenn sie nicht für den Mensch von so hohem Gemüße, zum Beispiel Madenschon oder Mohrrüben, schwer verdaulich und werden nur zum Teil ausfreilich auch in diesem Punkt nach ihren höchsten teiten sehr verschieden veranlagt. Manche werden auch rohe Gemüße hinreichend bewältigen, während andere logar gefastetes Gemüße, zum Beispiel Erbsen, nicht zu verdauen vermögen. Geheiratet schmeißt hat den Gründen nach bereits bei der Verkleinerung im Munde, deren gesundheitliche Bedeutung auch bei der Kindererziehung noch viel stärker berücksichtigt werden müßte, als es gewöhnlich bisher geschieht. Ein zweiter Einie ist die Zusammenfassung und Abdruck des Magenfaeces von Bedeutung. Wo in dieser Hinsicht ein Mangel vorliegt, der im allgemeinen mit dem Ausbruch „schlechter Magen“ bezeichnet wird, muß ein Gemüße, wenn es als Nahrungsmittel voll zur Geltung kommen soll, nicht allein gefast, sondern auch noch durchgeschlagen werden, damit die Zellwände bereits vorher eine Zerfetzung erfahren haben. Am schwierigsten veranulich von allen Stoffen, die mit den Gemüßen in eine Gruppe gestellt werden, sind die Pilze, weil sie außer der Cellulose auch noch das sogenannte Chitin enthalten. Weltlich sei noch bemerkt, daß die Gemüße, einem Gemüße beim Kochen etwas Harton auszuweisen, die Verdaulichkeit der darin enthaltenen Cellulose nicht verbessert.

Aus den Wiskblättern. Begriffschwerer Arzt. „Von dieser Medizin, liebe Frau Marie, lassen Sie Ihren Mann täglich drei und einen halben Löffel voll in drei Löffel Wasser trinken.“ — „Vorte doch! Ich habe man bloß lange zwei Löffel im Ganzen!“ „Zuher praktischer. Wir sind schon in der Fremde befragt sich, daß er beständig von den betrunkenen Bauern am Hoch immer bei dem ersten Glas Bier figt? — „Ja! — Schmeiß'n raus!“

Veranmorrhiger Medatteur: Johannnes Stelling. Berleger: L. h. Sch. Druck: Friedrich. M. eper u. Co. Sämtlich in Aube.

mit ebemeltlicher Fabrikarbeit in München eingehende Befragungen angefaßt; mit einem Teil der Befragten auch noch in händiger Verbindung gehalten, so daß eine genaue Kontrolle der wirtschaftlichen Verhältnisse der Familien stattfinden konnte.

Die Befragung der Arbeiterverhältnisse einer Fabrik der Industrie der Holz- und Schnitzstoffe ergab folgendes Bild. Unter den 186 erwachsenen Arbeitern befanden sich 70 verheiratete Frauen, d. i. 37,68 Proz. der erwachsenen Arbeiterinnen des Betriebs. Von diesen 70 verheirateten Frauen sind 64 Frauen mündlich über die Verteilung von Fabrikarbeit und häuslichen Pflichten befragt worden. Unter den 64 Frauen waren 4 Witwen, 18 Frauen hatten keine Kinder, die übrigen 46 Frauen mit Kindern hatten zusammen 85 Kinder und zwar 20 Familien je 1 Kind, 11 Familien je 2 Kinder und 9 Familien je 3 und mehr Kinder. Unter den Kindern waren 85 in noch nicht schulpflichtigem Alter und 87 in schulpflichtigem. Überwiegend werden die Kinder in Anstalten untergebracht. Von den 85 Familien, denen dadurch Kosten entstehen, zählen 10 Familien nur bis 1 Mt., wöchentlich, 8 Familien bis 3 Mt., und 7 Familien über 3 Mt. Da Familien eine teilweise Aufwahrung der Kinder zur Verfügung steht, verbleibt 7 Frauen der volle Lohn, 2 weisen wöchentliche überschüsse von 6—9 Mt. auf, 12 von 9—12 Mt., 10 von 12—15 Mt. und 9 Frauen über 15 Mt. Wie die Verfasserin nachweist, liegt die Bedeutung dieser Aufschüsse vor allem in der Möglichkeit einer besseren Grundnahrungswerte der Familie.

Interessante Ergebnisse weist die Schilderung der Lebensverhältnisse von 7 Familien auf, die während eines Jahres genaue Aufzeichnungen über Einnahmen und Ausgaben gemacht haben. Aus ihr ist ersichtlich, daß der Verdienst der Frauen pro Jahr zwischen 376,37 Mt. und 883,64 Mt. schwankte, also zwischen 25,96 Proz. und 42,73 Prozent des Gesamteinkommens der Familie. Ähnliche Resultate sind schließlich des bereits der Frauen am Gesamteinkommen ergehen die kürzere Zeit als ein Jahr über geführten Budgets. Den Einnahmen der Frauen fanden Ausgaben für Kinderbewahrung, Wäsche und Näharbeit, sowie für Organisationsbeiträge und Steuern gegenüber. Nach Abzug dieser Leistungen verbleiben den Frauen Verdienste zwischen 360,37 Mt. und 890,88 Mt. Die Verminderung der Fraueneinnahme beträgt also zwischen 4,3 Proz. und 20,2 Proz.; die durch die Fabrikarbeit veranlaßten Ausgaben stellen aber nur zwischen 1,6 Proz. der Gesamtausgaben der Familie dar. Die Nettoeinnahmen der Frauen machen aber zwischen 21,86 Prozent und 41,22 Prozent des Gesamteinkommens der Familie aus. Außerst interessant ist eine Tabelle, die zeigt, wie bedeutend die Erwerbseinnahmen der Frauen für den Haushalt sind. Angenommen, die Frauen wären zu Hause. Der Verdienst des Mannes und die sonstigen Einnahmen müßten die Gesamtausgaben, abzüglich der durch die Fabrikarbeit der Frau veranlaßten Ausgaben decken. Wir erhalten dann folgendes Bild. Von den 7 ein Jahr lang geführten Budgets weisen 6 ein Defizit von 281,26 Mt. bis 826,12 Mt. auf, ein Haushalt einen Überschuß von 41,96 Mt.; bei den nur 1—6 Monate geführten Budgets ergeben sich Mindereinnahmen von 37,82 Mt. bis 828,88 Mt. Den Abschluß über die Ausgaben für die Ernährung schließt die Verfasserin mit folgendem Urteil: „Der Einwand von der Verteuerung der Lebenshaltung bei äußerlichster Arbeit der Frau hat nur in sehr beschränktem Umfang Berechtigung, und zwar nur, wenn eine außerordentliche Verteuerung von Mann und Frau erfolgen muß. Der Geldaufwand dann ist wohl nicht immer größer, aber die iche Verteuerung im ganzen schlechter. Der wirklich bewundernswerte Fleiß der Frauen bringt in den meisten Fällen auch noch nach 9/10tägiger Fabrikarbeit eine ordentliche Wirtschafsführung zustande.“

Als Ergebnis der ganzen Untersuchung wäre kurz zu sagen: Nur die Kosten für die Kinderbewahrung bewirken eine Schwächung des Fraueneinkommens. Die anderen Ausgaben für Reinigung, Wäsen usw. fallen gar nicht ins Gewicht. (Alle Hausarbeiten werden von den Frauen nach Vertichtung der Fabrikarbeit und an Sonntagen und Feiertagen verrichtet.) Nach Abzug aller Unkosten verbleibt den Frauen eine Summe, die bei den unzureichenden Einnahmen der Männer jedenfalls als ein Gewinn anzusehen ist. Dieses Ergebnis kann die Arbeiterfrau aber nur bei äußerster Gewissenhaftigkeit und Anstrengung erlangen, indem sie neben ihrer früheren Berufsarbeit ohne fremde Hilfe in ihren wenigen freien Stunden früh morgens, spät abends und an Sonntagen und Feiertagen arbeitet. Daß das oftmals nur unter Preisgabe oder Schwächung der Gesundheit erreicht werden kann, ist anzuerkennen.

Als Ergebnis der ganzen Untersuchung wäre kurz zu sagen: Nur die Kosten für die Kinderbewahrung bewirken eine Schwächung des Fraueneinkommens. Die anderen Ausgaben für Reinigung, Wäsen usw. fallen gar nicht ins Gewicht. (Alle Hausarbeiten werden von den Frauen nach Vertichtung der Fabrikarbeit und an Sonntagen und Feiertagen verrichtet.) Nach Abzug aller Unkosten verbleibt den Frauen eine Summe, die bei den unzureichenden Einnahmen der Männer jedenfalls als ein Gewinn anzusehen ist. Dieses Ergebnis kann die Arbeiterfrau aber nur bei äußerster Gewissenhaftigkeit und Anstrengung erlangen, indem sie neben ihrer früheren Berufsarbeit ohne fremde Hilfe in ihren wenigen freien Stunden früh morgens, spät abends und an Sonntagen und Feiertagen arbeitet. Daß das oftmals nur unter Preisgabe oder Schwächung der Gesundheit erreicht werden kann, ist anzuerkennen.

